



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



Ziele gemeinsam umsetzen

Die Internationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums
Jahresbericht 2015–2016

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Referat KI II 7 · 11055 Berlin
E-Mail: KII7@bmub.bund.de · Internet: www.bmub.bund.de

Redaktion

Programmbüro Internationale Klimaschutzinitiative, Referate KI II 7 und N I 4, BMUB
fairkehr GmbH, Bonn

Gestaltung und Illustration

SCHUMACHER – Agentur für Design und digitale Medien, Darmstadt

Druck

KRÜGER Druck+Verlag, Merzig

Bildnachweise

Titel Spaces Images/Getty Images/Blend Images
S. 5 BMUB/Susie Knoll
S. 6 Mopic/Alamy Stock Photo
S. 10 Norbert Gorißen/BMUB
S. 12 ©FAO/Sarah Elliott
S. 14 IM Editores
S. 16 Michael Hüttner
S. 22 Sascha Hilgers/BMUB
S. 27 KfW-Bildarchiv/Rendel Freude
S. 32 "Rainforest" by Adam Schweigert/ <https://www.flickr.com/photos/aschweigert/11392085083/> /CC BY-NC-ND 2.0
S. 36 IBorisoff/Getty Images/iStockphoto
S. 41 Felix Ries

Stand

April 2017

1. Auflage

1.000 Exemplare

Bestellung dieser Publikation

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Referat KI II 7 · 11055 Berlin
E-Mail: KII7@bmub.bund.de

Hinweis

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Gedruckt auf Recyclingpapier.

Inhaltsverzeichnis

Im Gespräch mit der Bundesministerin	4
--	---

Die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) 2015/2016: Ziele gemeinsam umsetzen	6
---	---

Die vier Förderbereiche der IKI

Minderung von Treibhausgasemissionen	10
Anpassung an die Folgen des Klimawandels	12
Erhalt natürlicher Kohlenstoffsinken/REDD+	14
Schutz der biologischen Vielfalt	16

IKI-Meilensteine	18
------------------------	----

Ausgewählte Schwerpunkt- und Sonderthemen

Nationale Ankündigungen zum Klimaschutz werden verbindlich: von INDCs zu NDCs	22
<i>Hand in Hand: Klima- und Biodiversitätsschutz mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung verzahnen</i>	26
Minderung und Anpassung möglich machen: die Klimafinanzierung	27
<i>Auf dem Weg zu einem globalen Kohlenstoffmarkt</i>	31
REDD+, GNU und Forest Landscape Restoration	32
Erhaltung der biologischen Vielfalt als Lebensgrundlage	36
Nachhaltige Stadtentwicklung – unverzichtbar für Mensch, Klima und Biodiversität	41
<i>Gender-Gerechtigkeit im Klimawandel</i>	44

Abkürzungsverzeichnis	47
-----------------------------	----

Im Gespräch mit der Bundesministerin

Frau Ministerin Hendricks,

welche Meilensteine im internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz haben aus Ihrer Sicht die Arbeit der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) in den Jahren 2015 und 2016 geprägt?

Das Klimaabkommen von Paris 2015 hat hier sicher eine Sonderstellung, denn die damit verbundenen Entscheidungen bringen ganz wesentliche Neuerungen mit sich. Die Weltgemeinschaft hat sich darauf geeinigt, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen und sogar eine Begrenzung von 1,5 Grad anzustreben. Und wir haben es geschafft, die strenge Trennung in Industrieländer auf der einen und Schwellen- sowie Entwicklungsländer auf der anderen Seite aufzubrechen.

Alle Staaten müssen einen ihren jeweiligen Möglichkeiten entsprechenden Beitrag leisten. Im sogenannten „Ambitionsmechanismus“ haben wir eine periodische Überprüfung der nationalen Beiträge festgeschrieben. Das entspricht auch dem Geist der 2030-Agenda und ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, die die Vereinten Nationen 2015 in New York verabschiedet haben. Auch dort gibt es Verpflichtungen für alle. Ganz entscheidend ist es, dass wir die positive Energie, die rund um Paris und New York zu spüren war, weiter nutzen und das Klimaabkommen mit Leben erfüllen.

Deutschland hat übrigens mit dem Klimaschutzplan 2050, den wir auf der Folgekonferenz zu Paris in Marrakesch 2016 präsentiert haben, seine nationalen Klimaschutzbeiträge schon ausformuliert und durch die Neuauflage der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 die Umsetzung der 2030-Agenda in Angriff genommen.

Ein weiterer Meilenstein war die Habitat-Konferenz 2016, die die Bedeutung der Städte im Klima- und Nachhaltigkeitskontext noch einmal hervorgehoben hat. Denn Städte gelten als Hauptverursacher von Emissionen und die Entwicklung zu einer urbaneren Welt macht ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung immer wichtiger.

Im Bereich der Biodiversität schließlich hat die Konferenz in Cancún 2016 gezeigt, dass wir dringend

wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Verlustes an biologischer Vielfalt ergreifen müssen. Wir brauchen widerstandsfähige Ökosysteme, die weiterhin die für uns Menschen lebensnotwendigen Leistungen bereitstellen. Die Ursachen für den Verlust an biologischer Vielfalt können wir nur durch gemeinsame Anstrengungen bekämpfen, zum Beispiel durch nachhaltige Bewirtschaftungsformen in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei.

Welche konkreten Initiativen und Projekte konnten Sie nach der Pariser Konferenz anstoßen, damit die gesteckten Klimaschutzziele der einzelnen Länder auch umgesetzt werden?

Das Paris-Abkommen ist das am zügigsten in Kraft getretene multilaterale Abkommen der Geschichte. Das freut uns sehr – umso mehr, als auch Deutschland mit der Ratifizierung im Oktober 2016 dazu beigetragen hat.

Ein Kernelement des Abkommens sind die nationalen Beiträge der einzelnen Mitgliedsländer, die sogenannten Nationally Determined Contributions (NDCs). Gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Marokko haben wir eine Partnerschaft für die Umsetzung der NDCs mit Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern ins Leben gerufen. Dabei geht es um die Verbesserung der Koordination von Unterstützungsleistungen in den Ländern und die Verbesserung des Zugangs zu finanzieller Unterstützung bei der Umsetzung von nationalen Klimabeiträgen ebenso wie um die Verbesserung des Zugangs zu Wissen für Entwicklungsländer.

Mit der IKI haben wir nach Paris den Fokus auf Projekte zur Unterstützung der Umsetzung der NDCs gelegt.

Welche in 2015/2016 neu bewilligten IKI-Projekte stechen aus Ihrer Sicht durch ihren Ansatz zum Klima- und Biodiversitätsschutz besonders heraus?

Die IKI setzt bei der Auswahl und Begleitung von Projekten auf Innovation und Nachhaltigkeit. Entschei-

dend ist der Wandel hin zu einer kohlenstoffneutralen, widerstandsfähigen, biodiversitätsreichen Entwicklung. Persönlich hat mich 2015 der Besuch in China und die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zur Deutsch-Chinesischen Urbanisierungspartnerschaft gefreut. Beeindruckt hat mich auch die Reise nach Ruanda im Jahr 2016, wo ich mir über die Erfolge eines IKI-Projekts zur Stabilisierung wichtiger Ökosystemleistungen selbst ein Bild machen konnte. Es geht darin um die Förderung nachhaltiger Landbaumethoden sowie Schutz- und Aufforstungsmaßnahmen. Gemeinsam mit dem ruandischen Umweltminister Vincent Biruta und der Umweltministerin aus El Salvador, Lina Pohl, konnten wir die erste konkrete Süd-Süd-Zusammenarbeit zum Wiederaufbau von Wäldern auf den Weg bringen.

Wie hat sich der BMUB-Beitrag im Bereich der Finanzierung des Klima- und Biodiversitätsschutzes in den letzten beiden Jahren entwickelt?

Die Bundesregierung hat ihre Zusagen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität eingehalten. Und es gibt eine klare Zusage, dass wir unser Engagement weiter ausbauen werden. 2020 sollen etwa vier Milliarden Euro öffentliche Mittel in die Klimafinanzierung fließen – doppelt so viel wie 2014.

Im Biodiversitätsbereich hatte die Staatengemeinschaft 2014 vereinbart, bis spätestens 2015 die internationalen Finanzflüsse zu verdoppeln und dieses finanzielle Engagement in mindestens demselben Umfang bis 2020 weiterzuführen. Deutschland hat dieses Ziel erreicht und wir werden dieser Verpflichtung auch in den kommenden Jahren nachkommen.

Die IKI ist dabei mit einem Gesamtvolumen 2015 bis 2016 von 870 Millionen Euro ein wichtiges Instrument, um unserem Anspruch von Handeln und Verhandeln in besonderem Maße gerecht zu werden. Das gilt vor allem für die Unterstützung vieler Länder bei der Entwicklung ihrer nationalen Klimaschutzbeiträge, weil das ein wichtiger Faktor für den Erfolg des Pariser Abkommens ist. Genauso zeigt es sich aber auch in der konkreten Umsetzung der New Yorker Erklärung zum Waldschutz, die den Waldverlust bis 2030 stoppen will.



Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



Die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) 2015/2016: Ziele gemeinsam umsetzen

Klimawandel und Biodiversität sind endlich ganz oben auf der nationalen und internationalen Agenda angekommen. Auf Konferenzen weltweit werden besonders innovative oder erfolgreiche Projekte vorgestellt. Viele dieser gelungenen Beispiele weisen enge Bezüge zur IKI des Bundesumweltministeriums auf – sie werden direkt durch die IKI gefördert oder sind über Kooperationen mit ihr verbunden. Warum so viele durch die IKI angestoßene Projekte auf internationalen Konferenzen vertreten sind und welche besondere Qualität sie auszeichnet, soll im vorliegenden Jahresbericht verdeutlicht werden. Kernelement der IKI ist ein Wettbewerb der besten Ideen im Sinne eines Bottom-up-Ansatzes.

Vier Bereiche – eine Philosophie

Die Aktivitäten der IKI umfassen vier Förderbereiche: von der Minderung der Treibhausgasemissionen (THG) über die Anpassung an die Folgen des Klimawandels und die Erhaltung natürlicher Kohlenstoffspeicher bis zum Schutz der biologischen Vielfalt. In allen vier Bereichen spielen Synergien zwischen Klimaschutz und Biodiversitätserhaltung eine wichtige Rolle. Bei der Auswahl der zu fördernden Projekte berücksichtigt die IKI über alle Förderbereiche hinweg dieselben Exzellenzkriterien. Dabei werden sowohl die Projektkonzepte und die Anbieterstruktur als auch Partner, Institutionalisierung sowie das Projektumfeld bewertet.

So sollen IKI-Projekte einen transformativen Wandel optimal fördern und beschleunigen. Es geht um einen langfristigen und durchaus ambitionierten Strukturwandel, der über neue Entwicklungspfade hin zu zukunfts-

fähigen Volkswirtschaften und Gesellschaftssystemen führt. Nur so kann das ehrgeizige Pariser Klimaziel erreicht werden: die Erderwärmung auf 2 Grad oder sogar nur 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Wert zu begrenzen. Nur auf diese Weise können wir den ehrgeizigen Strategischen Plan 2011 bis 2020 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt umsetzen. Auch der Innovationsgrad ist von Bedeutung: Die IKI möchte kalkulierbare Risiken eingehen, um neue, effizientere, effektivere und besser angepasste Lösungen zu erarbeiten. Es geht darum, relevante Beiträge zu Verhandlungen und Prozessen innerhalb der Klimarahmen- sowie der Biodiversitätskonvention zu leisten. „Handeln“ und „Verhandeln“, diese beiden Eckpfeiler sollen optimal verbunden werden: durch die beispielhafte Umsetzung von Beschlüssen in die Praxis ebenso wie durch Pilotierung und Erprobung von Konzepten als Basis für weitere Verhandlungen. Nicht zuletzt müssen erfolgreiche Bewerber für IKI-Projekte auch belegen, dass Projektergebnisse und Wirkungen nachhaltig, also beständig sind und eine möglichst weite Verbreitung und Replizierung des gewählten Ansatzes ermöglichen.

Durch die alljährlichen Aufrufe zum Ideenwettbewerb kann die IKI agil und flexibel auf neue Entwicklungen reagieren und kombiniert damit eine verbindliche Grundausrichtung mit pragmatischer Reaktionsschnelle – ein wichtiger Beitrag im Konzert der Klima- und Biodiversitätsakteure.



Minderung
von Treib-
hausgas-
emissionen



Anpassung
an die Folgen
des Klima-
wandels



Erhalt natür-
licher Kohlen-
stoffsinken/
REDD+



Schutz der
biologischen
Vielfalt

Handeln und Verhandeln

Ein einschneidendes Ereignis der Jahre 2015 und 2016, auf die sich dieser Bericht bezieht, war zweifellos der Pariser Klimagipfel. Die IKI hat ihren Anteil dazu geleistet, dass sich die Weltgemeinschaft dabei auf ein wegweisendes Abkommen einigen konnte. Schließlich setzte sie mit ihren Beratungsleistungen bereits weit vor den entscheidenden Verhandlungstagen im November und Dezember 2015 an: Schon im Vorfeld unterstützte die IKI mittels von ihr geförderter Organisationen in aller Welt aktiv die lokal Verantwortlichen bei der Erarbeitung von geplanten national bestimmten Klimaschutzbeiträgen (Intended Nationally Determined Contributions, INDCs). Dabei wurde darauf geachtet, dass die Zielvorstellungen sowohl ambitioniert als auch realistisch leistbar sind – so erhielten die Akteure die Sicherheit, dass ihr Angebot später in umsetzbare und verbindlich festgelegte national bestimmte Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs) mündete. Das hohe Niveau dieser Entwürfe trug maßgeblich dazu bei, dass die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Auf Basis dieser konkreten Verhandlungsergebnisse setzt nun die nächste Phase der Unterstützung durch die IKI an: Die NDCs werden mit Leben gefüllt. Hier können IKI-Projekte an Arbeitsergebnisse und Partnernetzwerke vor Ort anknüpfen, die bei der INDC-Erarbeitung entstanden sind. So entstehen in enger Kooperation mit den innovativen Playern geerdete Lösungen, die rasch und mit guten Erfolgsaussichten implementiert werden können. Denn die Zeit läuft – schon 2018 sollen die NDCs wieder überprüft werden.



Partnerschaft für den Erfolg

Bei der Definition ihrer Klimaschutzbeiträge haben viele Staaten erstmals in ihrer Geschichte Klimaziele festgesetzt – ein ehrgeiziger Prozess, der auch eine solide institutionelle Basis voraussetzt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die betreffenden Länder rasch ihre Strukturen stärken, Finanzinstrumente entwickeln und Transparenz- und Evaluationsmöglichkeiten schaffen. Hier unterstützt die globale NDC-Partnerschaft, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem BMUB und Marokko bei der Klimakonferenz in Marrakesch Ende 2016 gemeinsam mit zahlreichen weiteren Partnerländern lanciert wurde. Sie bringt Regierungen, Institutionen und Forschungseinrichtungen zusammen, um geeignete Maßnahmen zu entwickeln und zu koordinieren – und sie mit bestehenden Klima- und Entwicklungszielen in Einklang zu bringen. Dieser komplementäre Ansatz stellt sicher, dass die NDCs konstruktiv und koordiniert umgesetzt werden, mit einem weitgehend gleichen Verständnis und nach einheitlichen Prinzipien. Ein konsequentes Vorgehen, das verschiedene Akteure und Politikbereiche in die Strategien von IKI-Vorhaben einbindet, erleichtert auch das sogenannte Mainstreaming, also die systematische Integration von Biodiversitätserhaltung und Klimaschutz in Politiken, Strategien und Praktiken öffentlicher und privater Akteure. Oft noch getrennt betrachtete Felder von Umwelt- und Entwicklungspolitik werden stärker integriert. Die breite sektorübergreifende Zusammenarbeit macht es aber auch möglich, private Wege der Klima- und Biodiversitätsfinanzierung leichter zu initiieren und umzusetzen. Die IKI trägt zur NDC-Partnerschaft, unter anderem über das NDC Support Cluster, aktiv bei.

Zusagen-Zählweise:

719 Millionen Euro

Doha-Zählweise:

869 Millionen Euro

Die gegenüberliegenden Abbildungen beziehen sich auf den Betrachtungszeitraum 2015 bis 2016. Bei den Zusagen handelt es sich um die (haushalts-)rechtlich verbindlich zugesagte Förderung im jeweiligen Jahr. Darunter versteht man das Gesamtvolumen der Haushaltsmittel (Ausgabe/Festlegung und Verpflichtungsermächtigung/Vorbindung) für ein bewilligtes/beauftragtes Vorhaben im Zusagejahr; es zählen die Ausgaben/Festlegungen im Zusagejahr und die Verpflichtungsermächtigungen/Vorbindungen. Minderungen im Zusagejahr werden, solange diese noch nicht in den Verbindungen berücksichtigt wurden, ebenfalls mitgezählt. Um die Bedeutung des Energie- und Klimafonds (EKF) in einem längeren Betrachtungszeitraum deutlicher darzustellen, wurde die Doha-Zählweise gewählt. Das bedeutet, dass im Betrachtungszeitraum 2015 bis 2016 bilaterale Vorhaben aus der IKI als Zusagen, bilaterale Vorhaben aus dem EKF und multilaterale Beiträge als Ausgabe gezählt werden.

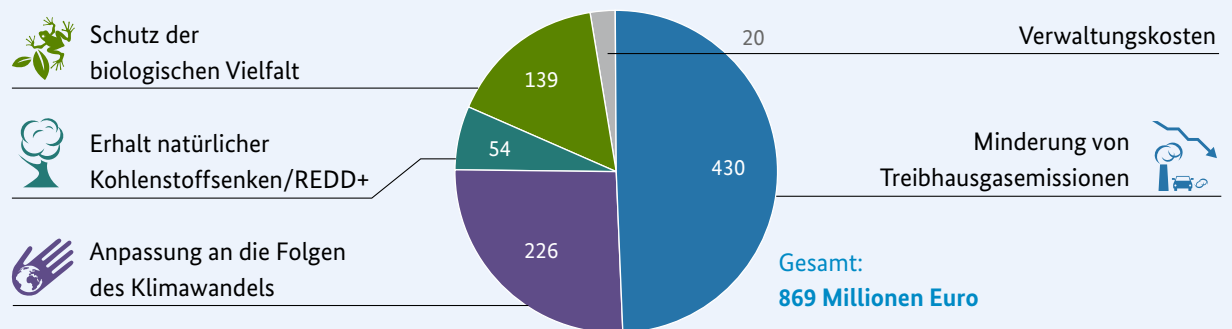
IKI als Wegweiser in die Zukunft

Aber auch in den anderen IKI-Arbeitsbereichen gibt es Leuchtturmprojekte, deren Erfolg weltweit ausstrahlt. Beispiel „Ökosystembasierte Anpassung“ (EbA): Dieser Ansatz behandelt die Erhaltung natürlicher Ressourcen und der von ihnen abhängigen Ökosystemdienstleistungen ergänzend zu oder als Ersatz für andere Anpassungsmaßnahmen. Im Unterschied zu klassischen Ansätzen im Bereich Management natürlicher Ressourcen und Biodiversität stellt EbA explizit aktuelle und zukünftige Klimaveränderungen und deren Auswirkungen auf Menschen und Ökosysteme ins Zentrum. Das Konzept, das von der IKI maßgeblich geprägt wurde, hat sich international bewährt und wird mittlerweile von einer Vielzahl von Akteuren in großem Umfang eingesetzt. Im Bereich des internationalen Waldschutzes wirkte die IKI an der Umsetzung des internationalen REDD+-Regelwerkes zur Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung in Entwicklungsländern mit. Dabei unterstützt sie Partnerländer dabei, innovative Lösungen zu entwickeln und umzusetzen und dadurch Wald zu erhalten, nachhaltig zu bewirtschaften und wieder aufzubauen. Führend beteiligt war die IKI insbesondere an der Einrichtung nationaler Systeme für ökologische und soziale Sicherheitsklauseln, den sogenannten „Safeguards“.

Best Practice im Feld der Biodiversität stellt die von der IKI mitinitiierte Online-Plattform Panorama dar, auf der erfolgreiche Lösungsansätze

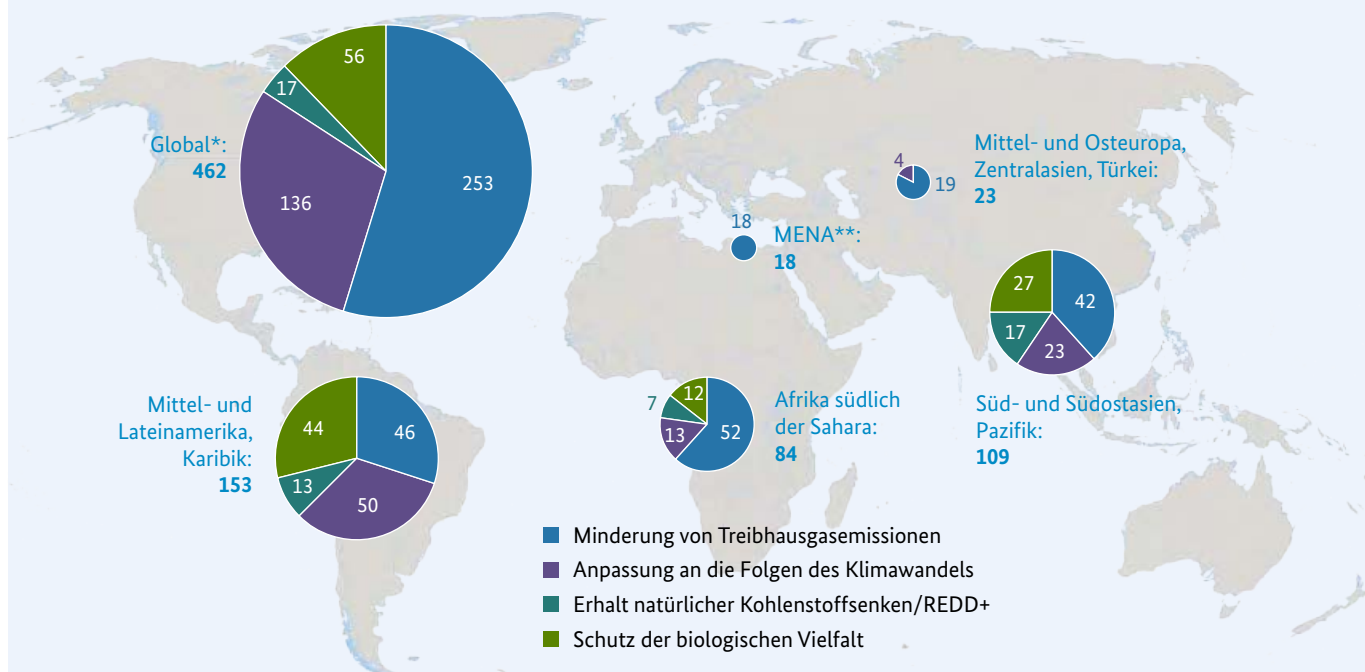
beim weltweiten Schutz terrestrischer und mariner Ökosysteme dargelegt werden. Praktiker finden auf Panorama Anerkennung für ihre Erfolge, können aber auch voneinander lernen und sich von anderen Anregungen zur Lösung vergleichbarer Probleme holen. Die Plattform wurde zuletzt auch um eine Komponente zur ökosystembasierten Anpassung an den Klimawandel erweitert und weitet ihren Adressatenkreis kontinuierlich aus.

IKI-Fördervolumen der Förderbereiche (2015 bis 2016, in Millionen Euro) nach Doha-Zählweise



Quelle: BMUB | Die Zusagen-Zählweise ergibt folgende Verteilung: Minderung von Treibhausgasemissionen: 367 Millionen Euro; Anpassung an die Folgen des Klimawandels: 211 Millionen Euro; Erhalt natürlicher Kohlenstoffsinken/REDD+: 53 Millionen Euro; Schutz der biologischen Vielfalt: 69 Millionen Euro; Verwaltungskosten: 20 Millionen Euro. Diese Zählweise wird für die internationale CBD-Berichterstattung verwendet.

IKI-Fördervolumen der Regionen (2015 bis 2016, in Millionen Euro) nach Doha-Zählweise



Quelle: BMUB | * Globale Vorhaben arbeiten in mehreren Ländern und in mehr als einer Region. Im Gegensatz dazu arbeiten regionale Projekte in mehreren Ländern der gleichen Region. Bilaterale Projekte arbeiten in einem Land. | ** MENA = Nahost und Nordafrika



Die Technologie des solarthermischen Kraftwerks „Noor I“ (arabisch für Licht) in Marokko ist weltweit zukunftsweisend für verbesserten globalen Klimaschutz und eine kohlenstoffarme Stromerzeugung.



Minderung von Treibhausgasemissionen

Aktiv in vielen Themenfeldern – von erneuerbaren Energien über Stadtplanung bis zu klimafreundlicher öffentlicher Beschaffung

Soll die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad beschränkt werden und sollen sogar Anstrengungen unternommen werden, sie unter 1,5 Grad zu halten, muss die Menschheit wesentliche Aspekte in Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend umstrukturieren. Und rasch ohne Öl und Kohle auskommen. Die IKI unterstützt Partnerländer, emissionsarme Wirtschafts- und Versorgungsstrukturen aufzubauen. Dazu gehören unter anderem der Einsatz erneuerbarer Energien, die Erhöhung der Energieeffizienz, die Reduzierung von extrem klimaschädlichen fluorierten THG oder eine nachhaltige Stadtplanung. Weitere Maßnahmenfelder umfassen die Entwicklung klimaschutzorientierter Mobilitätsstrategien und -konzepte sowie klimaschonender Abfallwirtschaft, aber auch den Erhalt natürlicher Kohlenstoffspeicher, insbesondere der Wälder und Torfmoore.

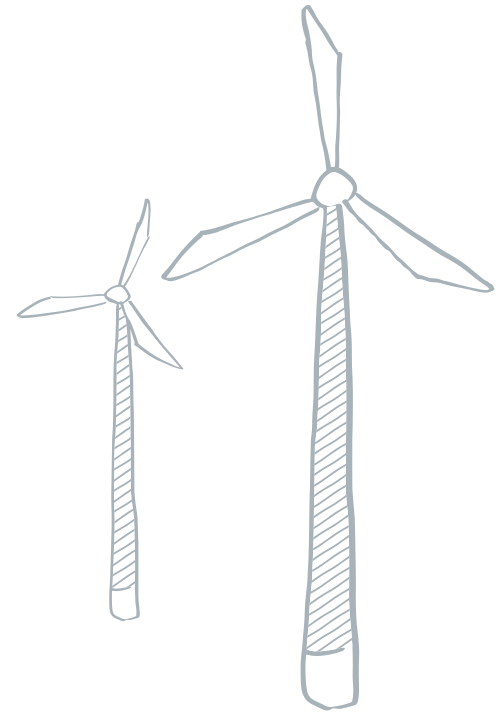
Viele Länder koppeln ihre mit dem Pariser Klimaabkommen eingegangenen Verpflichtungen an finanzielle und technische Unterstützung sowie an Hilfen zur Anpassung und für den Waldschutz. Die NDCs sind zwar im Grundsatz nationale Klimaschutzbeiträge, können aber mit internationaler Unterstützung schneller realisiert werden. Deshalb hat das BMUB ein internationales NDC Support Cluster ins Leben gerufen. Aktivitäten, die spezifische Bereiche wie Finanzierung, Datentransparenz oder sektorale Themen betreffen, können so länderübergreifend geplant und optimiert werden. Auf diese Weise werden Synergien erzeugt und

Doppelförderungen vermieden. Zudem erhalten die Implementierungspartner Orientierung dazu, an welcher Stelle sie welche erprobten Ansätze und Instrumente zur Umsetzung ihrer Klimaziele abrufen können.

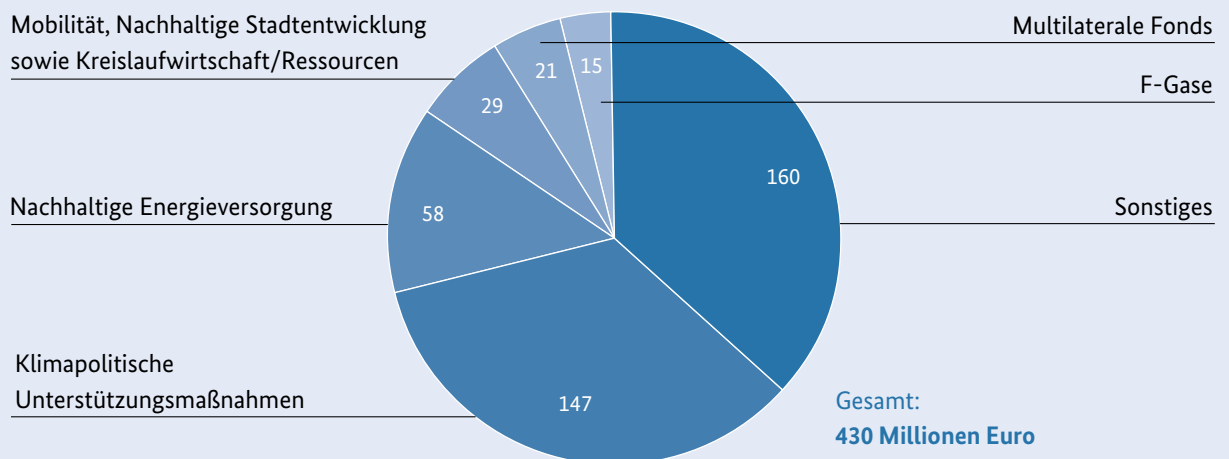
Die zuständigen Ministerien in den Partnerländern erhalten Beratung und Trainingsmaßnahmen, damit sie Strategien und konkrete Pläne zur Reduzierung der Klimagasemissionen erarbeiten können. Für eine erfolgreiche Minderungs politik sind Messung, Berichterstattung und Verifizierung der Minderungsmaßnahmen von zentraler Bedeutung. Um die internationalen Fördergelder verwalten und zusätzliche Finanzquellen erschließen zu können, ist außerdem ein geordnetes Haushalts- und Rechnungswesen unerlässlich – auch in diesem Bereich finden sich daher eine ganze Reihe Projektaktivitäten, die von der IKI gefördert werden.

Die IKI unterstützt den Aufbau von Strukturen und Kapazitäten der nationalen Klimapolitik zum Beispiel in Indien, Brasilien und Südafrika, und fokussiert dabei auch stärker auf die immer wichtiger werdende Umsetzungsebene der Regionen und Städte. Dabei werden erfolgreiche Effizienztechnologien – wie die Kraft-Wärme-Kopplung nach Chile und verschiedene Solartechniken nach Indien – exportiert, umweltfreundliche und energiesparende Kühlsysteme auf Inseln unterstützt und der Finanzsektor in verschiedenen asiatischen Ländern über Chancen und Risiken nachhaltiger Investitionen aufgeklärt.

Das aktuelle IKI-Förderprogramm fokussiert beim Thema Minderung auf Projekte, die schon vor 2020 Wirkung entfalten. Angesiedelt sind sie in den Sektoren „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“, „Umweltfreundliche Kühlung/F-Gase“, „Nachhaltige Stadtentwicklung“ und „Mobilität und Transport“. Auch Fragen der Produktion und des Konsums sind hier von Relevanz. Sie werden in Projekten zu den Feldern „Kreislaufwirtschaft“ oder „Ressourceneffizienz“ thematisiert.



Bereich I – Minderung von Treibhausgasemissionen (2015 bis 2016, in Millionen Euro) nach Doha-Zählweise



Quelle: BMUB | Gesamtfördervolumen des Bereiches nach Zusagen-Zählweise: 367 Millionen Euro



Traditionelles Besengras stabilisiert die Erde und seine Vermarktung schafft neues Einkommen. So kann Anpassung nicht nur Nachteile des Klimawandels verhindern, sondern auch neue Chancen erschließen.



Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Mit der Natur arbeiten – und nicht gegen sie

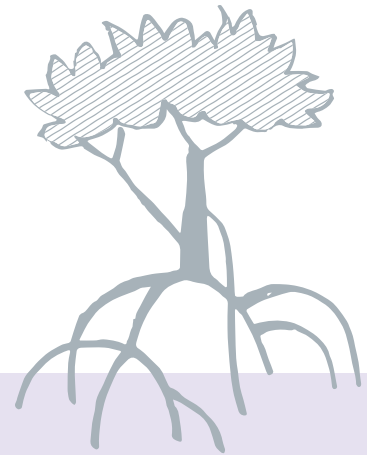
Anpassung an den Klimawandel heißt, sich auf bereits eingetretene Veränderungen des Klimas – insbesondere höhere Temperaturen, Trockenperioden, Meeresspiegelanstieg, Wetterextreme – einzustellen und sich auf die nicht mehr abwendbaren Änderungen vorzubereiten. Die IKI fördert nationale Anpassungsplanungen, bei denen ökosystembasierte Maßnahmen und Klimarisikomanagement eine zentrale Rolle spielen. Solche Ansätze erfordern Kapazitäten und Kenntnisse, über die vor allem kleine und die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) nicht verfügen. Schwerpunkte der IKI-Arbeit in den Jahren 2015 und 2016 waren nationale Anpassungsplanung (National Adaptation Plan (NAP) Process), Risikomanagement und Versicherungslösungen sowie ökosystembasierte Anpassung (EbA) an den Klimawandel.

Mit bereits rund 50 Millionen Euro hilft die IKI Staaten dabei, Anpassung als zentralen, umfassenden und in die nationale Entwicklungsplanung integrierten Prozess zu gestalten. So werden in Grenada öffentliche Investitionen nun einer Risikoüberprüfung unterzogen. Zugleich müssen alle Ressorts des kleinen Karibikstaates nachweisen, wie sie in ihren Planungen Vorsorge gegenüber den Klimarisiken der Zukunft treffen, etwa in Bezug auf die zunehmenden Extremwetterereignisse und den ansteigenden Meeresspiegel. Die in diesem Pilotprojekt gemachten Erfahrungen stehen für internationale Lernprozesse zur Verfügung. Auch in frankophonen Ländern Afrikas sowie in Schwellenländern laufen von der IKI geförderte NAP-Projekte. Klimaversicherungen, die das Risiko inner-

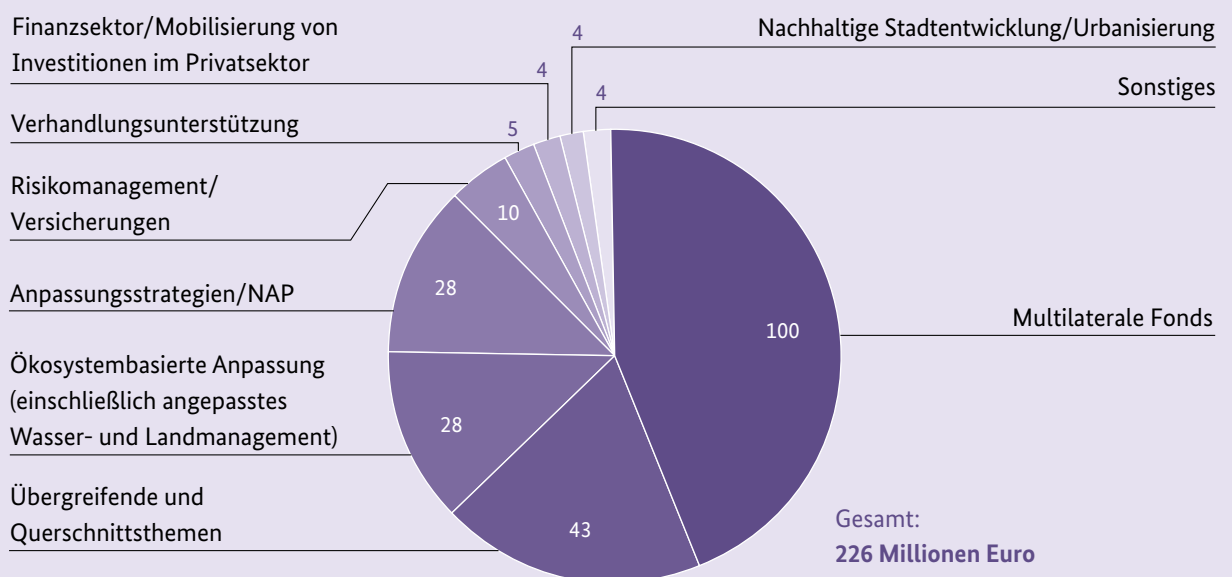
halb einer Gruppe verteilen, ergänzen solche Planungsansätze, gefördert durch die IKI etwa in Ghana und Vietnam.

Beim Thema Anpassung wird oft der Ruf nach höheren Deichen und technischen Schutzvorrichtungen laut. Demgegenüber setzt EbA auf die zielgerichtete Nutzung natürlicher Ressourcen beziehungsweise die Wiederherstellung, Stärkung und Inwertsetzung von Ökosystemdienstleistungen, um die Auswirkungen von Klimaveränderungen auf die Menschen möglichst klein zu halten. Das Motto heißt: Anpassung mit der Natur – und nicht gegen sie. Die IKI hat Ende 2016 bereits 125 Millionen Euro in EbA investiert und ist international als Vorreiterin anerkannt. In asiatischen und karibischen Staaten pflanzen Küstengemeinden Mangroven, in Hochgebirgsregionen sammeln lokale Gruppen Erfahrungen mit Terrassierung, Aufforstung und Wasserrückhaltung. In Thailand, Kolumbien und Vietnam unterstützt die IKI Projekte, die in ihren Planungen zum Hochwassermanagement auf Ökosystemdienstleistungen setzen. Dazu zählen etwa Überschwemmungsflächen oder die Wasserhaltekapazität der Böden an den Flussoberläufen.

Bei Anpassung geht es nicht nur um die Verhinderung von Nachteilen, sondern auch um das Erschließen neuer Chancen. So haben sich Frauen in der nepalesischen Panchase-Region verstärkt die ökonomischen und ökologischen Vorzüge des traditionellen Besengrases zunutze gemacht. Es stabilisiert die Hänge gegen Erdbeben, die durch den Klimawandel häufiger auftreten können. Gleichzeitig verschafft die Vermarktung des Besengrases den Frauen zusätzliches Einkommen und stärkt somit ihre Unabhängigkeit.



Bereich II – Anpassung an die Folgen des Klimawandels (2015 bis 2016, in Millionen Euro) nach Doha-Zählweise



Quelle: BMUB | Gesamtfördervolumen des Bereiches nach Zusagen-Zählweise: 211 Millionen Euro



Die Amazonas-Region in Südamerika ist durch den tropischen Regenwald geprägt, in dem eine faszinierende Artenvielfalt besteht. Dieser einmalige Lebensraum ist jedoch akut von Entwaldung bedroht.



Erhalt natürlicher Kohlenstoffsinken/ REDD+

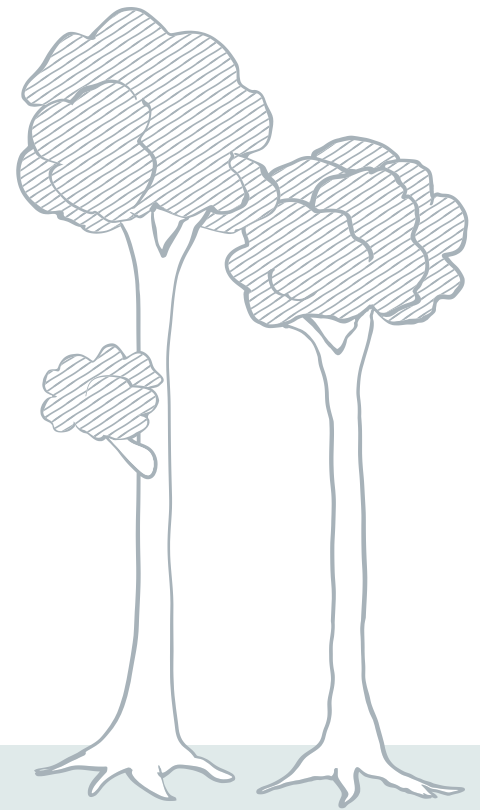
Anreize für den Schutz und den Wiederaufbau von Wäldern

Die Land- und Forstwirtschaft ist, insbesondere durch die Entwaldung und zerstörerische Nutzung von Wäldern, die zweitwichtigste Ursache für das Ansteigen von THG in der Atmosphäre nach dem Energiesektor. Etwa 24 Prozent der heutigen klimaschädlichen Emissionen stammen aus dem AFOLU-Sektor (Agriculture, Forestry and Other Land Use), bilanziert der Weltklimarat in seinem fünften Sachstandsbericht. Schutzmaßnahmen für die noch vorhandenen intakten Wälder, nachhaltige Waldbewirtschaftung und der Wiederaufbau von Wäldern können den Eintrag von Kohlenstoffdioxid (CO₂) in die Atmosphäre langfristig stark reduzieren, zusätzlich der Atmosphäre Kohlenstoff entziehen und dauerhaft in Biomasse, Totholz und Boden speichern. Darüber hinaus stabilisieren sie den Boden, sind zentral für den Wasserhaushalt der Erde und beherbergen eine riesige Vielfalt an Tieren und Pflanzen.

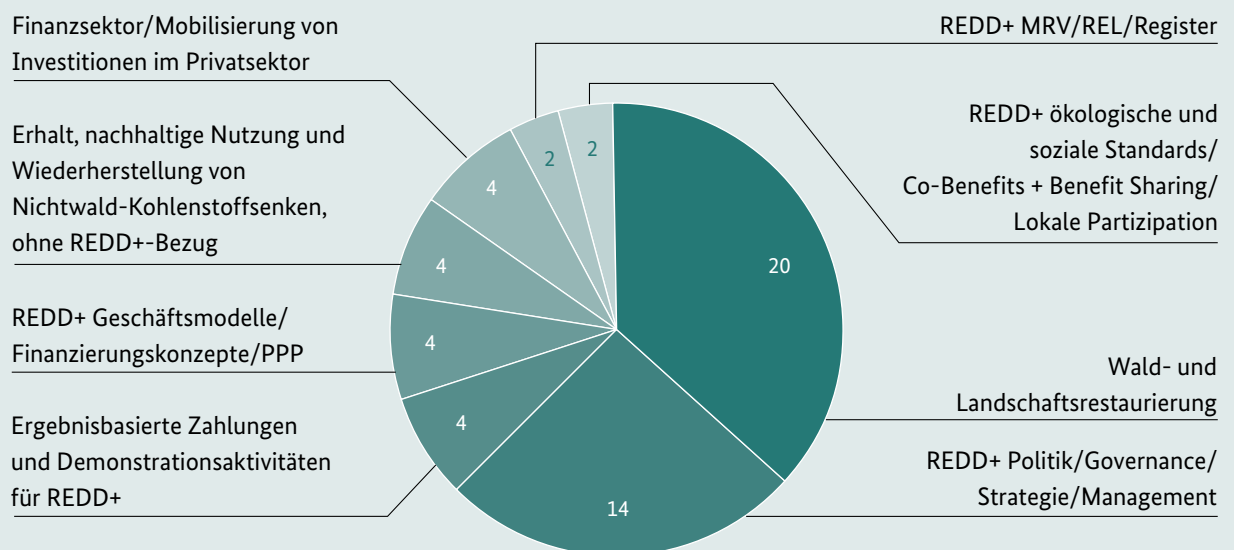
Mit der Verabschiedung des Pariser Klimaschutzabkommens Ende 2015 gilt die Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung, genannt REDD+, nun formal als ein wesentlicher Baustein, um die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad Celsius zu halten. Etwa die Hälfte der NDCs enthalten Absichtserklärungen zum Thema Waldschutz und Landwirtschaft. Darin verbirgt sich zugleich eine große Chance im Kampf gegen den Verlust der biologischen Vielfalt. Die Regeln, nach denen Entwicklungsländer über reduzierte Emissionen unter dem Klimaabkommen berichten, wurden über zehn Jahre verhandelt und im Warschauer Rahmenwerk für REDD+ festgelegt.

Ein Schwerpunkt in diesem Förderbereich in den Jahren 2015 und 2016 war der Wiederaufbau von Wäldern auf degradierten Flächen durch die Förderung heimischer Arten, zum Beispiel in Äthiopien, Kenia und Brasilien. Zudem erhielten Partnerländer Unterstützung, bessere Rahmenbedingungen für die Vermeidung von Entwaldung bei der Produktion landwirtschaftlicher Produkte zu schaffen und nachhaltige Geschäftsmodelle zum Waldschutz zu entwickeln. Diese sollen Abholzungen verhindern und zugleich die Lebenssituation der Menschen in der Region verbessern. In Peru werden mit IKI-Mitteln einheimischen Bauern agroforstwirtschaftliche Methoden vermittelt. Das steigert ihr Einkommen, schafft zusätzliche Arbeitsplätze und reduziert zugleich den Druck auf die Wälder. Dabei sollen die unterschiedlichen Interessengruppen von Anfang an in Planungs- und Managemententscheidungen einbezogen werden. Mit Unterstützung der IKI erhalten Regionalverwaltungen in Peru und Brasilien Beratung zur Gestaltung nachhaltiger Wirtschaftsmodelle, die die Entwaldung reduzieren helfen. Bei der Erarbeitung von Flächennutzungsplänen werden die betroffenen Waldbewohner von Anfang an einbezogen. Das eröffnet ihnen auch den Zugang zu Vorteilen, die sich aus der Reduzierung von Emissionen ergeben.

Deutschland hat als eines der ersten Länder ergebnisbasierte REDD+-Finanzierung geleistet. Bereits 2013 stellte das BMUB neun Millionen Euro dafür über das Programm REDD+ Early Movers der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Verfügung. Der westbrasilianische Bundesstaat Acre sparte 8,3 Millionen Tonnen CO₂ nachweislich ein. Er setzte die Gelder über drei Jahre bis Ende 2016 ein, um die Entwaldungstreiber zu reduzieren und Familien beim Aufbau von umweltfreundlichen Einkommensalternativen zu unterstützen.



Bereich III – Erhalt natürlicher Kohlenstoffspeicher/REDD+ (2015 bis 2016, in Millionen Euro) nach Doha-Zählweise. Gesamt: 54 Millionen Euro



Quelle: BMUB | Gesamtfördervolumen des Bereiches nach Zusagen-Zählweise: 53 Millionen Euro



Kolibris erfüllen als Pflanzenbestäuber eine wichtige Rolle für die Erhaltung tropischer Wälder. Durch den Schutz und die nachhaltige Nutzung von Waldökosystemen in Lateinamerika können dort vom Aussterben bedrohte Kolibriarten gerettet und wichtige Ökosystemfunktionen bewahrt werden.



Schutz der biologischen Vielfalt

Existenzielle Bedeutung erkennen – und aktiv werden

Mit dem 2010 verabschiedeten Strategischen Plan 2011 bis 2020 und seinen 20 sogenannten „Aichi-Zielen“ haben die Mitgliedsstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) einen umfassenden und ambitionierten Fahrplan beschlossen. Dieser hat das Ziel, den anhaltenden Verlust an genetischer Vielfalt sowie der Vielfalt an Arten und Lebensräumen abzubremesen und langfristig ganz zu stoppen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die auf die biologische Vielfalt einwirkenden Belastungen verringert, Ökosysteme wiederhergestellt, die biologischen Ressourcen nachhaltig genutzt und die sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile ausgewogen und gerecht geteilt werden.

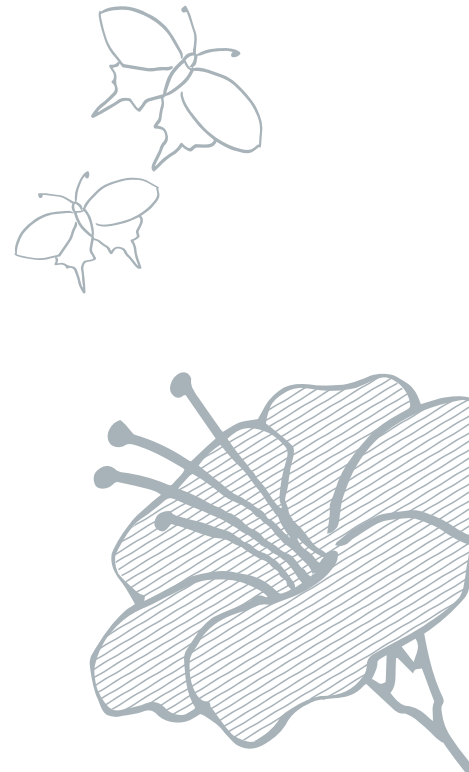
Die IKI orientiert ihre Förderung im Bereich Biodiversität an ausgewählten Aichi-Zielen. Die Projekte sollen helfen, bereits existierende nationale Strategien und Aktionspläne zur Biodiversitätserhaltung in den Partnerländern umzusetzen und strategische Partner aus der Land- und Forstwirtschaft, dem Finanzbereich und anderen relevanten Sektoren bereits in der Planungsphase einzubinden.

Bewusstseinsbildung über den Wert der biologischen Vielfalt und die Möglichkeiten, sie zu erhalten und gleichzeitig nachhaltig zu nutzen, ist das erste Aichi-Ziel. Die IKI fördert in diesem Bereich beispielsweise den Aufbau einer dreisprachigen Multimediaplattform mit Bildergalerien, Reportagen und Hintergrundartikeln zu Biodiversitätsthemen, die Schulen und andere Bildungseinrichtungen abrufen und nutzen können.

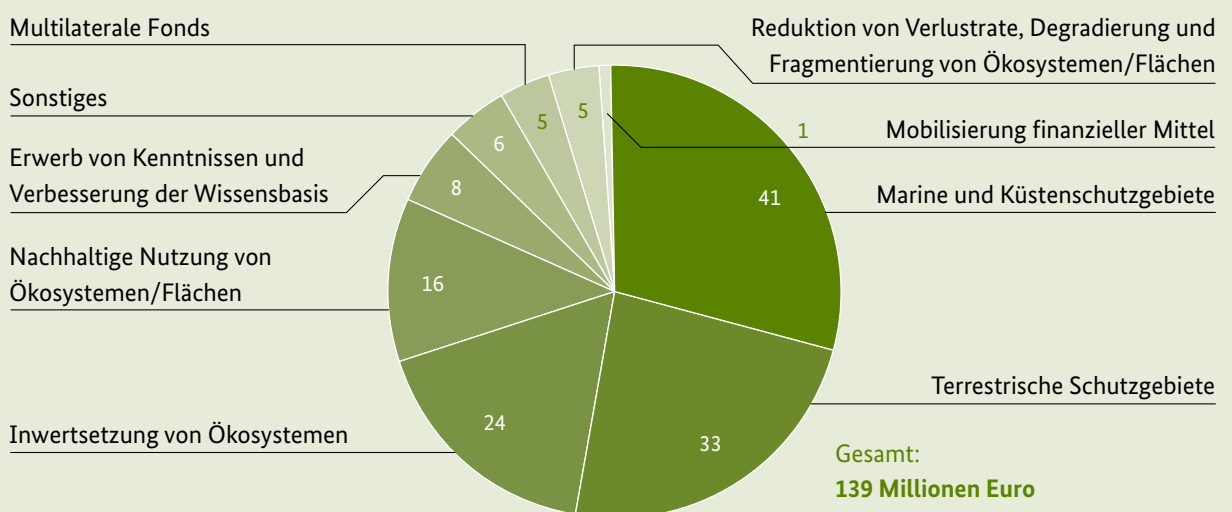
Mehrere IKI-Vorhaben zielen auch darauf ab, den Wert der Biodiversität nach dem TEEB-Ansatz (The Economics of Ecosystems and Biodiversity) zu quantifizieren. Das ermöglicht Entscheidungsträgern, auch ökonomische Instrumente zur Honorierung von Ökosystemleistungen für die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu institutionalisieren sowie biodiversitätsschädigende Anreize zu erkennen und sukzessiv abzuschaffen.

Die Förderung von Schutzgebieten und deren effektives und gerechtes Management, wie im Aichi-Ziel 11 beschrieben, ist eine zentrale Ziel-dimension im Förderbereich Biodiversität. Dieses und weitere Ziele verfolgen etwa Projekte in den Biosphärenreservaten Kafa in Äthiopien, Manu in Peru oder im Feuchtgebiet des Mono-Deltas im Grenzgebiet von Benin und Togo. Dort gibt es jeweils Angebote für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, um ein besseres Verständnis für Biodiversität und die ohne sie undenkbaren Ökosystemleistungen zu entwickeln, die natürlichen Ressourcen zu schützen und nachhaltig zu nutzen und zugleich Regionalentwicklung zu fördern. Dabei gilt folgendes wichtige Handlungsprinzip: Sobald im Rahmen der Projektaktivitäten Schutzgebiete eingerichtet oder Ökosysteme wiederhergestellt werden sollen, werden lokale und indigene Gemeinschaften von Anfang an eingebunden.

IKI-Projekte zum Meeres- und Küstenschutz haben bereits seit 2011 an Bedeutung gewonnen. Ozeane und Meere sind die am wenigsten geschützten Gebiete – obwohl sie 71 Prozent der Erdoberfläche bedecken. Die IKI unterstützt mehrere Partnerländer bei der Meeresraumplanung und der Erarbeitung von Managementplänen für Küsten- und Meeres-ökosysteme. Ziel ist es dabei, die Nutzung mariner Ressourcen nachhaltiger zu gestalten, biologisch und ökologisch besonders bedeutsame Gebiete zu schützen und degradierte Ökosysteme, die wesentliche Leistungen bereitstellen, wiederherzustellen.



Bereich IV – Schutz der biologischen Vielfalt (2015 bis 2016, in Millionen Euro) nach Doha-Zählweise



Quelle: BMUB | Gesamtfördervolumen des Bereiches nach Zusagen-Zählweise: 69 Millionen Euro

IKI-Meilensteine

März 2015

Sektorenübergreifend Lösungen zur nachhaltigen Meeresressourcennutzung finden

Das IKI-Projekt Blue Solutions baut Netzwerke auf, die sich für den Schutz, die nachhaltige Nutzung und die Wiederherstellung von Meeres- und Küstenökosystemen einsetzen. Es organisiert unter anderem Workshops und richtet mit Partnern eine Online-Plattform ein. So lancierte es Anfang März in Berlin gemeinsam mit der „Global Leadership Academy“, einem vom BMZ finanzierten Leistungsangebot der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH zur internationalen Kompetenzentwicklung, das Sustainable Oceans Lab. Führungspersonlichkeiten aus sechs globalen Initiativen zum Schutz der Ozeane, internationale Experten sowie Vertreter der Wirtschaft tauschten sich über ein Jahr lang zu Lösungsansätzen für nachhaltigen Meeresschutz aus. Das führte zu einer Nachfrage an Fortbildungsmaßnahmen, die von verschiedenen anderen Projekten an Blue Solutions herangetragen werden.

September 2015

Emissionshandelssystem für China

Der chinesische Präsident gab die Einführung des nationalen Emissionshandelssystems (ETS) bekannt. Seit 2012 unterstützt die IKI China beim Aufbau des ETS. Das Projekt mit einem Volumen von 5,5 Millionen Euro stärkt das erforderliche Wissen bei Politikern und Mitarbeitern von Kohlenstoffbörsen und emissionshandelspflichtigen Unternehmen, ein weiterer Schwerpunkt ist die Rechtsberatung. 2017 tritt ein ETS in Kraft, das etwa 10.000 Unternehmen aus den Sektoren Energie, Mineralölverarbeitung, Chemie, Glas und Keramik, Stahl, Nichteisenmetalle sowie Papier und nationalen Flugverkehr einbeziehen soll.

April 2015

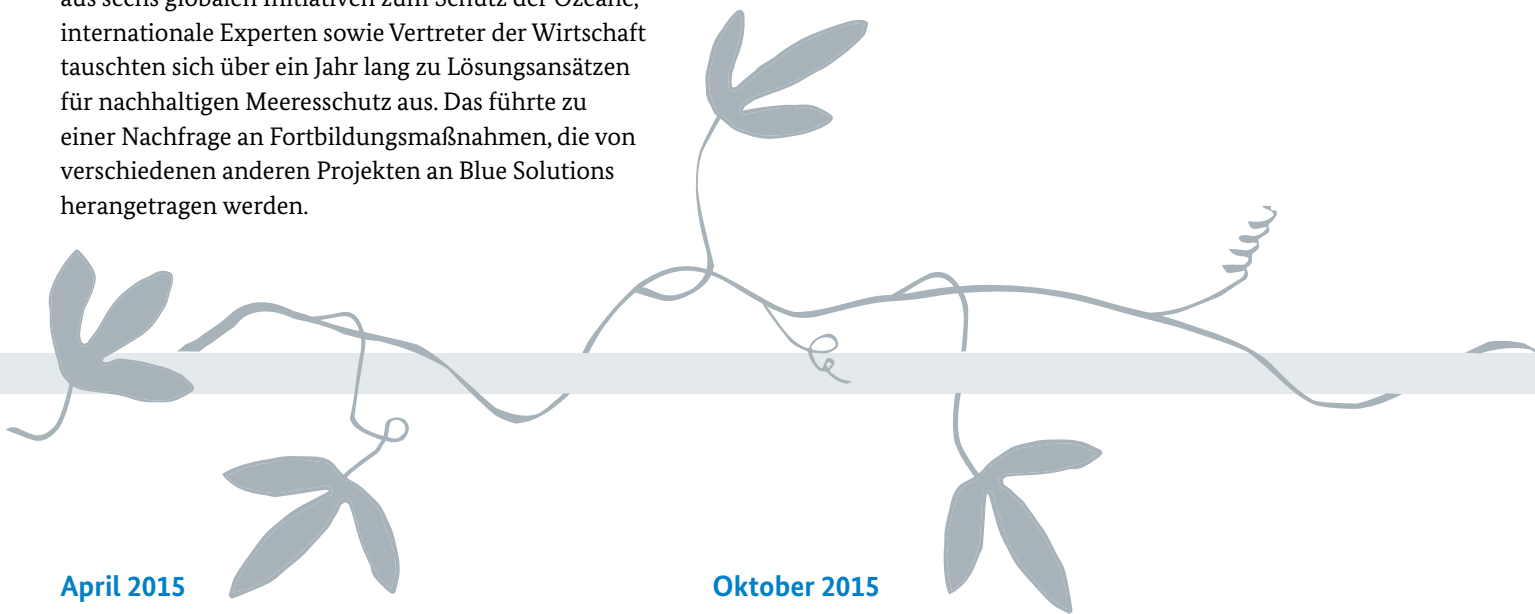
Globaler Workshop zu INDCs

In Berlin fand ein internationaler Workshop zu INDCs statt, deren Einführung die Vertragsstaaten auf der Warschauer Klimakonferenz 2013 beschlossen hatten. Im Workshop tauschten sich die teilnehmenden Länder zur Vorbereitung und Ausgestaltung der INDCs aus und sprachen über die damit verbundenen technischen und politischen Prozesse. Die IKI unterstützte rund 25 Partnerländer bei der Entwicklung der INDCs, die die Vertragsstaaten bis spätestens Herbst 2015 beim Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) einreichen mussten.

Oktober 2015

Klimawandel auf dem Lehrplan

Kinder sind als Generation der Zukunft eine wichtige Zielgruppe, um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen. Im Oktober startete daher das erste IKI-Projekt, das gezielt Kinder anspricht und Kinderrechte mit der Bildung zu Klimafragen verknüpft. Gemeinsam mit dem Projektpartner Plan International wurde das Thema Klimawandel in die Lehrpläne der Schulen Südasiens eingeführt, wobei der Fokus auf Ursachen, Auswirkungen und Anpassungsmöglichkeiten an den Klimawandel liegt. Damit unterstützt das Projekt Kinder und Jugendliche, sich in ihren Lebensbereichen auf die Folgen des Klimawandels einzustellen.



November 2015

Online-Plattform für Umweltschutzprojekte

Die aus Mitteln der IKI geförderte Multimedia-Plattform Global Ideas der Deutschen Welle erhielt den UmweltMedienpreis 2015 der Deutschen Umwelthilfe in der Kategorie „Online“. Global Ideas stellt erfolgreiche Projekte zum Biodiversitäts- und Klimaschutz vor und motiviert so Menschen weltweit für den Umweltschutz. Wöchentlich präsentiert die Plattform neue Kurzfilme über vorbildliche Projektideen und porträtiert dabei Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die sich für den Schutz der biologischen Vielfalt und des Klimas engagieren.

Dezember 2015

IKI unterstützt den Weltbiodiversitätsrat IPBES

Insbesondere von Entwicklungsländern kam der Wunsch nach Förderung und Stärkung von wissenschaftlichen Kapazitäten auf nationaler und regionaler Ebene im Kontext von IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services). Anhand der Ergebnisse von Studien werden durch das vom United Nations Development Programme (UNDP) koordinierte Netzwerk BES-Net und durch sogenannte „Trilogie“ Wissenschaftler, Politiker und Personen aus der Praxis zusammengebracht. Auf Grundlage einer fertiggestellten Studie befindet sich der regionale Trilog für Osteuropa zum Thema Bestäuber in Vorbereitung. Er wird 2017 von Georgien ausgerichtet werden. Das BES-Net umfasst mittlerweile 75 Partnerorganisationen sowie 86 internationale Experten, die auf einer Online-Plattform Fragen zu verschiedenen Themen beantworten. Das BMUB stellt für die Unterstützung von BES-Net und der Trilogie 4,5 Millionen Euro aus IKI-Mitteln bereit.

November 2015

Indien: Gründung eines nationalen Beratungsgremiums für Ressourcenpolitik

Das „Indian Resource Panel“, entstanden auf Basis eines IKI-Projekts, erarbeitet Handlungsempfehlungen für die indische Regierung zur Verbesserung von Ressourceneffizienz und Sekundärrohstoffmanagement in der Wirtschaft. Daraus soll eine nationale Strategie zur Ressourceneffizienz entwickelt werden. Es handelt sich um das weltweit erste nationale Beratungsgremium für Ressourcenpolitik.

Dezember 2015

Neuer Fonds gegen Klimawandel

Für den neu gegründeten MRV Trust Fund stellte das BMUB fast sieben Millionen Euro aus Mitteln der IKI bereit und wurde damit der größte Geber. Der Fonds unterstützt vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer, ihren Ausstoß an THG zu messen und die Auswirkungen des Klimawandels auf einzelne Regionen abzuschätzen – eine wichtige Grundlage, um das Zwei-Grad-Ziel der internationalen Klimapolitik zu erreichen. Ein weiterer Schwerpunkt des Fonds liegt auf der Weiterbildung von Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern vor Ort.

Februar 2016

Weltgrößtes Solarkraftwerk in Betrieb

Am 4. Februar 2016 eröffnete der marokkanische König Mohammed VI. das Kraftwerk Noor I (arabisch für Licht) des weltgrößten solarthermischen Energieparks nahe der marokkanischen Stadt Ouarzazate, an dessen Finanzierung sich das BMUB im Rahmen der IKI mit 15 Millionen Euro beteiligt hat. Das Kraftwerk soll jährlich 370 Gigawatt elektrischer Energie erzeugen und 230.000 Tonnen CO₂ einsparen. Der Bau des Solar-komplexes Ouarzazate ist Teil des im Jahr 2009 verabschiedeten marokkanischen Solarplans, mit dem die Regierung bis 2020 42 Prozent des nationalen Strombedarfs aus erneuerbaren Energien decken möchte.

September 2016

Immer mehr Staaten beteiligen sich am Wiederaufbau von Wäldern

Die Bonn Challenge – die wichtigste internationale Aktionsplattform zum Wiederaufbau von Wäldern – vereint eine immer größer werdende Gruppe von engagierten Staaten. Im September gaben Malawi und die Vereinigung guatemalteckischer Waldreservate ihre Zusagen für den Aufbau von vier Millionen Hektar Wald bekannt; im Dezember in Cancún sagte Brasilien zu, 12 Millionen Hektar an Wäldern im Rahmen der Bonn Challenge wiederaufzubauen. Die IKI hat in den Jahren 2015 bis 2016 neun neue Projekte zur Unterstützung der Bonn Challenge auf den Weg gebracht.

Juli/August 2016

Startschuss für NAP-Prozess in Mali

Am 8. August 2016 fand die Auftaktveranstaltung zum NAP-Prozess in Mali statt. Gleich zwei Vorhaben der IKI unterstützen die nationale Anpassungsplanung: das Projekt „Innovative Entwicklungsplanung zur Anpassung an den Klimawandel“ und das „Mali-Pilotprogramm für integrative Anpassungsstrategie“. Im Rahmen beider Vorhaben startete bereits im Juli eine umfassende Analyse, die die Verwundbarkeit der Bevölkerung gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels untersuchen soll. Ziel ist, die Verwundbarkeit zu reduzieren und Aspekte des Klimawandels in Entwicklungsstrategien und -planungen auf allen relevanten Ebenen und Sektoren zu integrieren.

Oktober 2016

Start von drei IKI-Initiativen zu NDCs und Transparenz

Im Oktober nahm das „Unterstützungsvorhaben für die Umsetzung des Paris-Abkommens“ (SPA) in Berlin seine Arbeit auf. Das BMUB unterstützt das SPA dabei mit drei Initiativen, die NDCs sowie die Transparenz-Anforderungen des Pariser Klimaschutzabkommens umzusetzen. Auf weltweiter, regionaler und nationaler Ebene spielen hierbei die Querschnittsthemen Capacity Building und Wissensmanagement zur Entwicklung und Umsetzung von NDC, kohlenstoffarme Entwicklungsstrategien (LEDs), national angemessene Minderungsmaßnahmen (NAMA), Klimafinanzierungsmechanismen sowie Systeme für MRV eine wichtige Rolle.

November 2016

Stopp der weltweiten Lachgas-Emissionen

Ende 2016 hat das BMUB eine technische Beratungseinheit der GIZ zur Unterstützung der Salpetersäureinitiative (Nitric Acid Climate Action Group) zur Vermeidung von äußerst klimaschädlichen Lachgas-Emissionen beauftragt. Der Klimasünder Lachgas (N_2O) entsteht vor allem bei der Herstellung von Salpetersäure – einem Grundbaustein vieler Düngemittel. Obwohl kostengünstige Möglichkeiten zur Vermeidung durch günstig am Markt verfügbare Katalysatoren von N_2O verfügbar sind, liefert der Kohlenstoffmarkt derzeit keine Anreize mehr, in Minderungsmaßnahmen zu investieren. Bis 2020 soll deren Vermeidung in der Industrie von Entwicklungs- und Schwellenländern im Rahmen der Initiative unterstützt werden. Die Partnerländer übernehmen dafür die Verantwortung, die Emissionen nach 2020 im Rahmen ihrer NDC weiter zu mindern.

Dezember 2016

IKI-Projektpräsentation „Klimaschutz und Elektromobilität“ in Peking

Im Rahmen einer offiziellen Abschlussveranstaltung in Peking wurden die Ergebnisse des Projekts „Klimaschutz und Elektromobilität“ vorgestellt. Das 2009 gestartete Projekt hatte zum Ziel, den Klimaschutzbeitrag von Elektromobilität in China zu bewerten und mit systematischen Ansätzen zu fördern. Mithilfe von wissenschaftlichen Analysen wurden die Klima- und Umweltschutzzpotenziale von Elektromobilität in China quantifiziert. Anschließend wurden Strategien und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung abgeleitet und im Rahmen von Pilotvorhaben erfolgreich umgesetzt. Deutsche und chinesische Automobilhersteller waren gemeinsam Partner des Vorhabens und haben unter anderem beim Thema Ladeinfrastruktur zusammengearbeitet.

November 2016

Ökosystembasierte Anpassung in der Karibik

Pünktlich zu den VSK in Marrakesch (UNFCCC) und Cancun (CBD) präsentierte das BMUB eine Initiative, die ökosystembasierte Anpassung an den Klimawandel (EbA-Facility) in der Karibik mit 25 Millionen Euro zu fördern. Dabei kooperiert das BMUB mit der KfW Entwicklungsbank und dem karibischen Biodiversitätsfonds Caribbean Biodiversity Fund, in dem eine EbA-Facility eingerichtet wird. Dadurch können Erfahrungen aus der Region und darüber hinaus mit dem EbA-Ansatz signifikant in die Breite getragen und die verwundbaren und einzigartigen Küsten- und Meeres-ökosysteme besser geschützt werden.





Auf der Weltklimakonferenz 2016 in Marrakesch wurde eine globale NDC-Partnerschaft gegründet, die Länder bei der ambitionierten und schnellen Umsetzung des Pariser Klimaabkommens unterstützen soll.

Nationale Ankündigungen zum Klimaschutz werden verbindlich: von INDCs zu NDCs

Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen im Dezember 2015 haben sich alle 197 Vertragsstaaten – Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer – zum Handeln verpflichtet. Damit ist eine neue Qualität in der internationalen Zusammenarbeit erreicht.

Die Vertragsstaaten verpflichten sich unter anderem, fortlaufend ambitioniertere Maßnahmen zu ergreifen, um die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad zu beschränken und sogar Anstrengungen zu unternehmen, unter 1,5 Grad Erwärmung gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu bleiben. Damit wurde erstmals die Zwei-Grad-Obergrenze in einem völkerrechtlichen Vertrag bestätigt.

Die erhoffte Wirkung des Pariser Klimaabkommens baut im Wesentlichen auf den INDCs auf, die von nahezu allen Staaten beim UNFCCC-Sekretariat eingereicht wurden. Neben Minderungszielen für klimaschädliche Emissionen formulieren viele INDCs auch notwendige Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel – ein Thema, das in vielen Ländern durch die lokal bereits erfahrbaren Klimaauswirkungen eine hohe Priorität hat – sowie zur Wiederherstellung von Ökosystemen.

Deutschland übernahm in diesem Prozess eine führende Rolle. Zusätzlich zu den laufenden Politikberatungsvorhaben in wichtigen Schwellen- und Entwicklungsländern stellte das BMUB fünf Millionen Euro zur Verfügung, um Partnerländer bei der INDC-Entwicklung zu unterstützen. Die IKI hat seit Frühjahr 2014 etwa 30 Staaten bei der Ausarbeitung begleitet. Während einige Partnerländer technische Beratung bei der Emissionsbe-

rechnung der INDCs nachfragten, wünschten andere eine Begleitung im gesamten Erstellungsprozess.

Die IKI hat dabei viele unterschiedliche technische Maßnahmen unterstützt. Dabei ging es um Untersuchungen zu aktuellen Emissionen, die Entwicklung von Szenarien, länderspezifische Bedarfsanalysen, Kostenabschätzungen und die Formulierung von konkreten Minderungszielen in verschiedenen Sektoren. Es entstanden Leitfäden, Webinare wurden organisiert und interministerielle Arbeitsgruppen dabei beraten, wichtige Akteure zu identifizieren und einzubeziehen. Darüber hinaus förderte die IKI informelle Dialoge wie den Austausch innerhalb und zwischen Ressorts und Regierungen, um zu gegenseitigem Erfahrungsaustausch und Lernen beizutragen. Beteiligt waren unterschiedliche Partner aus den Gruppen der LDCs und der kleinen Inselentwicklungsländer (SIDS) sowie aus anderen Entwicklungs- und Schwellenländern.

Mit dem Inkrafttreten des Klimaschutzabkommens im November 2016 – vier Jahre früher, als in Paris vorgesehen – sind die Vertragsstaaten aufgerufen, die angestrebten Beiträge auch umzusetzen: Aus den INDCs werden NDCs. Das Bundesumweltministerium setzt sich dafür ein, dass die politische Dynamik auf internationaler, aber auch auf nationaler Ebene aufrechterhalten wird, und fördert entsprechend die Umsetzung der NDCs. Ambitionierten Staaten bietet Deutschland umfassende Beratung an. Die Länder müssen nun politische Rahmenbedingungen und bestehende Institutionen weiterentwickeln, um die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen strategisch zu planen und dann auch umzusetzen. Um die Erfüllung des Langfristziels (Begrenzung der Erderwärmung deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst sogar unter 1,5 Grad) zu kontrollieren, findet ab 2018 alle fünf Jahre ein globaler Überprüfungsprozess (Ambitionsmechanismus) statt, der die NDCs einbezieht. Die nationalen Klimaschutzbeiträge müssen ab 2025 alle fünf Jahre fortgeschrieben werden. Dieser Mechanismus soll dazu führen, dass die Anstrengungen und Erfolge im internationalen Klimaschutz kontinuierlich gesteigert werden.

Gute Ideen verbreiten, komplexe Zusammenhänge verstehen

Entscheidend für den Erfolg der IKI-Arbeit ist der fachliche Austausch von Entscheidungsträgern und von Menschen, die an der Umsetzung arbeiten: Gute Ideen, Strategien und Projekte zu kommunizieren und darüber zu diskutieren – all das fördert die Verbreitung erfolgreicher Ansätze. Darüber hinaus entsteht durch die internationale Vernetzung ein tieferes Verständnis der komplexen Zusammenhänge.

Im Vorfeld der Pariser Klimakonferenz unterstützte die IKI mehrere Foren für den internationalen Austausch. So fanden etwa sechs regionale Workshops statt, an denen Vertreter aus aller Welt teilnahmen, um an der Vorbereitung der INDCs zu arbeiten. Organisiert wurden die **regionalen Dialoge** vom UNDP und dem UNFCCC-Sekretariat. Sie versuchten zunächst, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, welche Elemente in den INDCs enthalten sein sollten und welche Informationen für deren Ausarbeitung benötigt werden. Darüber hinaus tauschten sie ihre Erfahrungen aus, die sie mit Niedrigemissionsstrategien (LCDS), NAMAs



sowie im Bereich MRV gesammelt hatten. Dabei wurde auch klar, dass die Möglichkeiten und Bedarfe der Länder extrem unterschiedlich sind. Neben direkten Treffen fanden auch internetbasierte Workshops statt. Außerdem wurden Leitfäden und Handreichungen für die internationale Gemeinschaft erarbeitet.

Die von Deutschland, Südafrika und Südkorea 2010 ins Leben gerufene und von Deutschland mitfinanzierte „Internationale Partnerschaft für Minderung und MRV“ war maßgeblich daran beteiligt, eine Brücke zwischen den UNFCCC-Verhandlungen und praktischen Fragen der technischen Implementierung zu schlagen. Hierfür sind Partnerschafts-Treffen von und mit Verhandlern außerhalb der Klimaverhandlungen besonders hilfreich, weil so ein informeller Austausch zu technischen und politischen Fragen möglich ist und gemeinsam über aktuelle Fragen diskutiert werden kann.

Von besonderer Bedeutung hierfür ist auch das Lernen der Umsetzer mit-, von- und untereinander. Um gemeinsam und kooperativ THG in verschiedenen Regionen und Sektoren zu mindern und die Anpassung zu unterstützen, wurde daher im Frühjahr 2016 das „IKI NDC Support Cluster“ (kurz: NDC Cluster) eingerichtet. Im Mittelpunkt stehen die enge Zusammenarbeit und der regelmäßige Austausch zwischen Projektpartnern und Organisationen, die über spezielle Expertise zur NDC-Implementierung verfügen. Sie sollen mit den Partnerländern prioritäre Sektoren identifizieren und die Unterstützungsmaßnahmen an die jeweiligen Bedarfe anpassen. Es gilt, Systeme zum Nachverfolgen der Zielerreichung einzuführen und Möglichkeiten der Finanzierung von NDCs zu finden. Voneinander zu lernen und Erfahrungen zu teilen, beschleunigt den Prozess: „Front-Runner“ können den Neueinsteigern in bestimmten Arbeitsbereichen wichtige Hinweise geben. So lassen sich global wirksame Entwicklungen beschleunigen. Das NDC Support Cluster soll thematisch und geografisch sukzessive ausgebaut werden.

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitlel: Unterstützungs-vorhaben für die Umsetzung des Paris-Abkommens

Länder: Marokko, Peru

Durchführungsorganisation: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

BMUB-Förderung: 6,7 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2016 bis 2019

Auf internationaler Ebene wurde zudem auf Initiative von Deutschland und **Marokko** eine NDC-Partnerschaft ins Leben gerufen (www.ndcpartnership.org). Sie soll Entwicklungsländer dabei unterstützen, ihre Klimaschutzpläne zu konkretisieren und umzusetzen. Maßnahmen in der Klima- und nachhaltigen Entwicklungspolitik sollen zusammengeführt, Synergien identifiziert und effektive Unterstützung besser aufeinander abgestimmt werden. Die NDC-Partnerschaft besteht aus Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern, institutionellen Partnern und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die Mitgliedschaft steht allen Ländern offen. Um die Entwicklung der Partnerschaft zu unterstützen, finanzieren BMZ und BMUB den Aufbau eines Sekretariats in Washington und Bonn. Beide Ministerien werden ihre Klimaschutzprojekte zudem noch stärker an der Umsetzung der national bestimmten Klimaschutzbeiträge ausrichten.

Zu den konkreten Aufgaben der NDC-Partnerschaft gehört es, den schnellen Zugang zu maßgeschneiderter Beratung für Entwicklungsländer zu organisieren. Die Partnerschaft wird dabei auf dem Wissen und der Arbeit zahlreicher Organisationen, Initiativen und Plattformen aufbauen. Im Sekretariat soll es auch eine Anlaufstelle geben, an die sich Entwicklungs-

länder mit konkreten Klimaschutzfragen wenden können – zum Beispiel zum Aufbau erneuerbarer Energien, nachhaltiger Stadtentwicklung oder klimaresilienter Landwirtschaft.

Erfolgsfaktor Kontinuität – Beispiel Philippinen

Die Arbeit der IKI baut auf Kontinuität und langfristige Kooperationen. Das zeigt etwa das Beispiel **Philippinen**: Der Inselstaat zählt zu den Ländern, die schon heute am stärksten durch extreme Wetterereignisse vom Klimawandel betroffen sind. Zugleich tragen dort fossile Brennstoffe mit 72 Prozent zum Strommix bei – und dieser Anteil droht weiter zu steigen. Denn Bevölkerung, Wirtschaft und damit der Energiebedarf wachsen kräftig, und Windkraft, Solarenergie sowie Energie aus Biomasse leisten dort bisher trotz eines großen Potenzials kaum Beiträge.

Im Auftrag der IKI begleitet die GIZ zentrale Akteure in den Philippinen seit 2012 bei der Umsetzung des drei Jahre zuvor beschlossenen Klimagesetzes, das sowohl auf die Minderung klimaschädlicher Emissionen als auch auf Anpassung an den Klimawandel abzielt. Es galt, die nationale Klimakommission zu stärken, eine nationale Klimastrategie und einen Aktionsplan aufzustellen, institutionelle Kapazitäten aufzubauen, die Maßnahmen zu koordinieren und in viele Planungsprozesse zu integrieren. Ein innovatives Monitoringsystem zu Anpassungswirkungen wurde etabliert. Städte, Landkreise und Gemeinden bekamen Instrumente, um Landnutzung und Entwicklung klimaresilient und naturverträglich planen zu können. Darüber hinaus wurden Konzepte für Emissionsminderung im Stromsektor, zum Beispiel Einspeisetarife, und zur Marktentwicklung für erneuerbare Energien entwickelt.

Die Philippinen wurden bei ihrer selbstständigen Vorbereitung der INDCs methodisch unterstützt und legten diese im Herbst 2015 bei der UNFCCC vor. Demnach sollen die THG-Emissionen – internationale Mitwirkung vorausgesetzt – bis 2030 um 70 Prozent niedriger ausfallen als im „Business as usual“-Szenario. Das IKI-Projekt unterstützte die Philippinen auch bei der VSK in Paris, um Informationen über ihre Klimapolitik zu verbreiten und in den Verhandlungsprozess einzuspeisen.

PROJEKTBEISPIEL



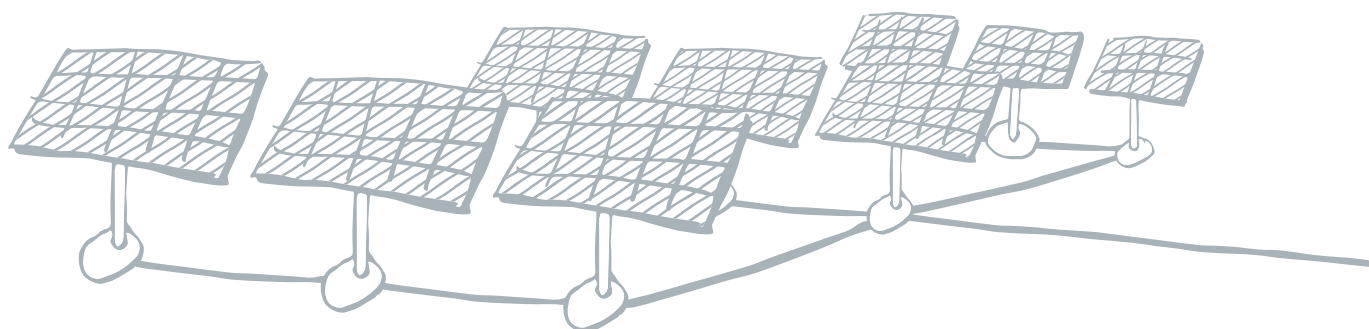
Projekttitel: Unterstützung der Philippinen zur Gestaltung und Umsetzung des internationalen Klimaregimes

Land: Philippinen

Durchführungsorganisation: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

BMUB-Förderung: 5,44 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2015 bis 2019



Bei dem Ende August 2016 auf den Philippinen gestarteten IKI-Nachfolgeprojekt geht es nun um die Entwicklung einer Roadmap, um die NDCs umzusetzen. Minderung, Anpassung und Resilienz müssen ebenso wie die Biodiversität auf allen Ebenen und sektorübergreifend in die Planungen einbezogen, die Erfolge gemessen und dokumentiert werden. Im Mai 2016 hatte das Land bereits einen Prozess zur Neuausrichtung der Energiepolitik beschlossen. Das IKI-Projekt unterstützt die philippinischen Partner bei der Umsetzung der Empfehlungen des neuen Politikrahmens. Dabei tragen auf den Bedarf zugeschnittene Studien und Beratungsdienstleistungen zur Stärkung der technischen Kapazitäten der philippinischen Klimakommission im Bereich Energie bei. Die zu bearbeitenden Themen werden zusammen mit der Klimakommission und dem Energieministerium der Philippinen nach Abschluss der Neuausrichtung der Energiepolitik festgelegt.

Hand in Hand: Klima- und Biodiversitätsschutz mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung verzahnen

Ein umfassender Klima- und Biodiversitätsschutz kann nur erreicht werden, wenn zugleich die Lebensgrundlagen der Bevölkerung weltweit verbessert, Produktions- und Konsummuster nachhaltig ausgerichtet und friedliche und inklusive Regierungsweisen praktiziert werden.

Deshalb sind Minderung, Anpassung, Wald- und Biodiversitätsschutz eng verzahnt mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), wie sie von der internationalen Staatengemeinschaft im September 2015 in New York im Rahmen der 2030-Agenda vereinbart wurden. Die 2030-Agenda, das kurz darauf verabschiedete Paris-Abkommen sowie der Strategische Plan für Biodiversität 2011 bis 2020 der CBD bilden den übergeordneten politischen Rahmen für die dringend erforderliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation zu einer nachhaltigeren, klimaverträglichen und biodiversitätsfreundlichen Entwicklung. Alle drei Vereinbarungen sind auf grundlegende Veränderungen vielfältiger Politikbereiche ausgerichtet und gelten weltweit. Die Umsetzung von SDGs, nationalen Klimaschutzbeiträgen unter dem Paris-Abkommen (NDCs) sowie des Strategischen Plans 2011 bis 2020 geht oftmals Hand in Hand, auch bei IKI-Projekten. Wo zum Beispiel im Rahmen eines NDCs erneuerbare Energien gefördert und kluge Stromnetze installiert werden,

kann Energiesicherheit auch für Bevölkerungsteile in entlegenen Gebieten (SDG 7) ermöglicht werden und können „grüne“ Arbeitsplätze entstehen (SDG 8). Wo zum Beispiel der Schutz und die Wiederherstellung wertvoller Waldökosysteme erfolgreich unterstützt werden, können Nahrungs- und Heilmittel zur Ernährungssicherung und Bekämpfung von Krankheiten auch künftigen Generationen zur Verfügung stehen (SDG 2 und 3).

Damit die Impulse für eine nachhaltige Entwicklung sowie für Klima- und Biodiversitätsschutz gleichzeitig gut genutzt werden können, ist es erforderlich, dass die Klima- und Biodiversitätsstrategien und die Nachhaltigkeitsplanung aufeinander abgestimmt sind und ineinandergreifen. Das „Mainstreaming“ von Klima- und Biodiversitätsaspekten in andere Politikbereiche und das Mitdenken von Nachhaltigkeitsaspekten in der Klima- und Biodiversitätspolitik sind in der 2030-Agenda, im Paris-Abkommen und im Strategischen Plan 2011 bis 2020 angelegt. In der praktischen Umsetzung stellen sich hierbei zentrale Herausforderungen: Insbesondere müssen die relevanten staatlichen Ebenen befähigt sein, Potenziale sowohl für nachhaltige Entwicklung wie für Klima und Biodiversität zu erkennen und in ihre Entscheidungsprozesse einzubauen.



Die Bereitstellung von Startfinanzierungen ist bei Klimaschutzprojekten besonders wichtig, um Risiken zu minimieren und Anreize für Investoren zu schaffen.

Minderung und Anpassung möglich machen: die Klimafinanzierung

Im Pariser Klimaschutzabkommen formulierte die Weltgemeinschaft das Ziel, die Finanzströme in Einklang mit einer Minderung von THG und einer klimaresilienten Entwicklung zu bringen. Hierzu haben die Industriestaaten ihre Zusage erneuert, ab dem Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern zu mobilisieren. Diese Verpflichtung wird bis zum Jahr 2025 verlängert. Ab dann sollen noch ehrgeizigere Ziele gelten, die allerdings erst zu vereinbaren sind.

Die öffentliche Klimafinanzierung ist hier von besonderer Bedeutung, und den Industrieländern kommt weiterhin eine Vorreiterrolle zu. Aber auch Schwellen- und Entwicklungsländer werden ermutigt, auf freiwilliger Basis durch öffentliche Gelder aktiv zu werden und private Investitionen anzukurbeln. Dafür benötigen sie eine verlässliche Rechtsgrundlage und zum Teil auch weitere ökonomische Anreize.

Die IKI arbeitet daran, nicht nur neue Investitionen in klimafreundliche Technologien auszulösen, sondern die Berücksichtigung von Klimaerfordernissen in allen Investitionsentscheidungen zu fördern. Gerade, wenn es um Infrastruktur geht, die über Jahrzehnte erhalten bleibt, ist dies besonders wichtig. Gefördert werden beispielsweise innovative Finanzierungsinstrumente, die geeignet sind, private Investitionen für den Klimaschutz mit einer möglichst transformatorischen Wirkung zu mobilisieren. Unterstützt werden klimaschonende und nachhaltige Geschäftsmodelle. Im Bereich der Emissionsminderung geht es hauptsächlich um die Förderung von Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Dabei konzentriert sich die IKI auf die Bereitstellung von Startfinanzierungen für Klimaschutzprojekte, um auf diese Weise Risiken zur wirtschaftlichen und technischen Machbarkeit in der Entwicklungsphase von Projekten zu reduzieren. So sollen Anreize für Investoren gesetzt werden. Schließlich besteht ein wesentlicher Engpass darin, dass auf globaler Ebene zu wenige finanzierungsreife Projekte verfügbar sind, in die Privatanleger investieren können. Darüber hinaus unterstützt die IKI Schwellen- und Entwicklungsländer dabei, ihre öffentlichen Institutionen so auszubauen, dass sie die Kriterien für die Zuteilung von Mitteln des Grünen Klimafonds (GCF) erfüllen und diese auch erfolgreich umsetzen können. Dabei geht es insbesondere darum, auf institutioneller Ebene den anspruchsvollen treuhänderischen Standards des GCF nachzukommen sowie förderfähige Projekte zur Beantragung von Mitteln aus dem Fonds zu entwickeln.



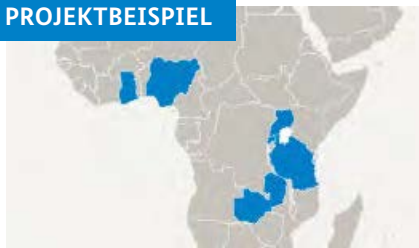
Mit der sogenannten NAMA-Fazilität fördert Deutschland gemeinsam mit Großbritannien, Dänemark und der EU-Kommission die Umsetzung ambitionierter Minderungsprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern. Der vierte Aufruf für die Einreichung von NAMA-Vorschlägen unter diesem Titel startete im Sommer 2016. Für die vierte Ausschreibungsrunde wurden bis zu 60 Millionen Euro bereitgestellt.

Nachhaltiger Erfolg durch verlässliche Finanzierung

Bei der internationalen Klimafinanzierung tritt immer wieder eine Schwierigkeit auf, die auf unterschiedliche Währungen und deren Dynamik im Zeitverlauf zurückzuführen ist: Die Einnahmen aus Investitionen werden in der lokalen Währung erzielt, die Fremdfinanzierung basiert jedoch auf US-Dollar oder Euro. Bis die Kredite alle abbezahlt sind, vergeht ein langer Zeitraum. Sollten die Wechselkurse in der Zwischenzeit stark schwanken, kann dies enorme Konsequenzen auf die Kapitalkosten des Projekts haben. Deswegen scheitern viele Projekte bereits in der Entwicklungsphase. Eine Absicherung gegen dieses Risiko ist in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern oft nicht möglich, viel zu teuer oder nicht ausreichend ausgerichtet zum Beispiel auf die Einbeziehung von Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Ein Ende 2015 in Afrika gestartetes Projekt setzt genau hier an: Die KfW investiert mithilfe einer IKI-Finanzierung 30 Millionen Euro in einen Treuhandfonds mit dem Namen „The Currency Exchange Fund“. Der in Amsterdam beheimatete Fonds verfügt über langjährige Erfahrung in diesem Geschäftsbereich und ist global diversifiziert. So sollen Kapitalgeber und Investitionspartner für Projekte in Ländern wie **Ghana, Nigeria, Ruanda, Sambia, Tansania** oder **Uganda** mehr Sicherheit in der Finanzierung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz erhalten. Damit wird unter anderem eine Initiative der Gruppe der Sieben (G7) unterstützt, gemeinsam mit der Afrikanischen Union bis zum Jahr 2020 rund zehn Gigawatt an erneuerbaren Energien zu installieren. Die Projektinitiatoren erwarten eine Reduktion von THG in der Höhe von jährlich bis zu 500.000 Tonnen CO₂-Äquivalenten.

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Währungsrisikoabsicherungsfazilität für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Afrika

Länder: Ghana, Nigeria, Ruanda, Sambia, Tansania, Uganda

Durchführungsorganisation: KfW Entwicklungsbank

BMUB-Förderung: 30 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2015 bis 2025

Einen anderen Ansatz mit hohem Klimainvestitionspotenzial wählt ein IKI-Projekt in Lateinamerika, das im Frühjahr 2016 gestartet ist: Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB) wird mit einer sogenannten „**Green Finance Facility**“ dabei unterstützt, länderspezifische Programme zur Entwicklung neuer „grüner“ Finanzierungsmöglichkeiten aufzubauen. Die Förderungen laufen über die jeweiligen nationalen Entwicklungsbanken. Diese sind aufgrund ihrer strategischen Position und ihrer Lokalkenntnis am besten dafür geeignet, private Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu managen. Die Unterstützungsleistungen haben dabei ganz unterschiedliche Formen und reichen von langfristiger Finanzierung zu günstigen Konditionen durch die IDB über Schulungsmaßnahmen für Bankmitarbeiter bis zur gemeinsamen Entwicklung von Businessplänen. Die IKI-Förderung beträgt fünf Millionen Euro, insgesamt sollen in den Projektländern **Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Paraguay und Uruguay** dadurch erhebliche zusätzliche Mittel von nationalen Entwicklungsbanken und privaten Investoren mobilisiert werden. Die Finanzministerien der fünf Staaten und lokale Umsetzungspartner oder Regierungsagenturen werden eng einbezogen, um eine optimale Koordinierung mit einzelstaatlichen Programmen sicherzustellen.

Auch in der Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor konnten IKI-Projekte bereits große Erfolge erzielen. Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft etwa fördert im Auftrag der IKI Investitionen privater Geldgeber, die den Transfer von Technologie und Know-how in die Felder Energieeffizienz und erneuerbare Energien ermöglichen. Wenn sich die mit privaten Geldern geförderten Technologien voll auf dem Markt etablieren, könnten bald bis zu 15 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden.

Auf die Finanzierung durch Mikrokredite spezialisierte sich in Mexiko ein von der GIZ durchgeführtes IKI-Projekt zur Einführung energieeffizienter Kühlungssysteme. Dabei wurden vor allem kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützt, ihre klimaschädliche Kühlungsinfrastruktur durch effizientere Produkte zu ersetzen. Mit Erfolg: Der Ausstoß von CO₂ verringerte sich um jährlich 27.000 Tonnen. Während der Projektlaufzeit von Juni 2012 bis August 2015 wurden über 11.300 Firmen gefördert. Das Kreditvolumen betrug rund 24 Millionen Euro.

Standards gegen Korruption durchsetzen, Transparenz herstellen

IKI-Aktivitäten zeigen Wirkung – das belegt beispielhaft ein 2015 abgeschlossenes Projekt, in dem der **Kampf gegen Korruption im Umfeld von Klimaschutzmaßnahmen** im Zentrum stand. Die IKI unterstützte die globale Allianz „Transparency International“ dabei, Klimafinanzierungsflüsse auf Transparenz abzuklopfen. Die Anti-Korruptionsexperten entwickelten konkrete Vorschläge für die Reform einschlägiger Regelwerke. Diese beeinflussten Änderungen von Antikorruptionsstandards in mehreren Richtlinien, etwa denen des Adaptation Funds, im Themenfeld REDD+ oder der Forest Carbon Partnership Facility. Weiterhin erstellte Transparency International eine Machbarkeitsstudie zu einem unabhängigen Beschwerdemechanismus für die Zivilgesellschaft zum GCF, die eine wichtige Diskussionsgrundlage für dessen Ausgestaltung bildete.

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Green Finance Facility

Länder: Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Paraguay, Uruguay

Durchführungsorganisation: Inter-American Development Bank (IDB)

BMUB-Förderung: 5 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2016 bis 2021

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Stärkung von Transparenz, Verantwortlichkeit und Integrität im Bereich Governance der Klimafinanzierung

Länder: Kenia, Malediven, Mexiko, Peru

Durchführungsorganisation: Transparency International

BMUB-Förderung: 0,3 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2014 bis 2015

Im Vorgängerprojekt von 2011 bis 2014 förderte Transparency International bereits in Bangladesch, der Dominikanischen Republik, Kenia, den Malediven, Mexiko und Peru Transparenz sowie Antikorruptions-Maßnahmen in nationalen Klimafinanzierungsstrategien und -mechanismen, und trug zum Beispiel dazu bei, strategische Leitlinien für Ministerien zu erarbeiten und zivilgesellschaftliche Netzwerke zu stärken.

Geber müssen neben den Bestrebungen, private und öffentliche Investitionen für den Klimaschutz mit einer möglichst transformatorischen Wirkung zu mobilisieren, auch eine nachhaltige, transparente und effektive Verwendung der Mittel sicherstellen.

Die IKI als innovatives Klimafinanzierungsinstrument fördert daher gezielt Projekte, die die Erhöhung von Transparenz, Effektivität sowie die Einhaltung von ökologischen und sozialen Standards bei der Klimafinanzierung zum Ziel haben. Das wird zum Beispiel durch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen mit „Watchdog“-Funktion ermöglicht. Unter anderem sind das Projekte zum Aufbau eines NGO-Netzwerks zur Begleitung des Anpassungsfonds (Germanwatch) oder die Unterstützung von Transparency International bei der Erstellung von Studien zur Transparenz und Korruptionsanfälligkeit von Klimafinanzierungsfonds.

Analysen der Klimarisiken als Basis für öffentliche Investitionen

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Anpassung von öffentlichen Investitionen an den Klimawandel

Land: Peru

Durchführungsorganisation: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

BMUB-Förderung: 3,23 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2011 bis 2015

Die Basis für nachhaltige, an den Klimawandel angepasste öffentliche Investitionen schaffen – diesen Ansatz verfolgte auch ein weiteres erfolgreiches IKI-Projekt in Südamerika. Der Handlungsdruck für die **Anpassung von öffentlichen Investitionen** ist in **Peru** enorm, die Andengemeinschaft prognostiziert extreme Risiken durch Starkregen, Dürren, Temperaturanstieg und Stürme. Das Vorhaben führte daher in zwei Regionen Perus beispielhaft Pilotprojekte durch: In Cusco im Andenhochland standen dabei die wirtschaftlich besonders relevanten Sektoren Tourismus und Bewässerung im Zentrum. Die Verwaltung von Piura an der Nordküste des Landes bearbeitete Investitionsprojekte aus dem Bereich Bewässerung.

Als Ergebnis des von der GIZ gesteuerten Projekts ist in Peru die Betrachtung von Klimarisiken mittlerweile in sämtlichen öffentlichen Investitionsprojekten verpflichtend – ein Novum in Lateinamerika. Außerdem hat das Wirtschafts- und Finanzministerium in Lima Leitlinien formuliert, die die Berücksichtigung des Klimawandels bei der Formulierung und Evaluierung von öffentlichen Investitionen im Tourismus fördern. So entstehen ganz unterschiedliche Projekte zur Anpassung an den Klimawandel – von der Stabilisierung gefährdeter Hänge bis zu Trainingsmaßnahmen für den Einsatz besonders kälteresistenter Pflanzensorten. Eine Pionierarbeit, die sich auf Projekte im ganzen Land übertragen lässt.

In einem Folgeprojekt werden die Maßnahmen daher auf weitere Regionen des Andenstaats ausgeweitet. Darüber hinaus werden sich auch die Regierungen Kolumbiens und Brasiliens dem Projekt anschließen und mit Unterstützung der IKI die Anpassung an den Klimawandel bei der Planung von öffentlichen Vorhaben stärker mit einbeziehen.

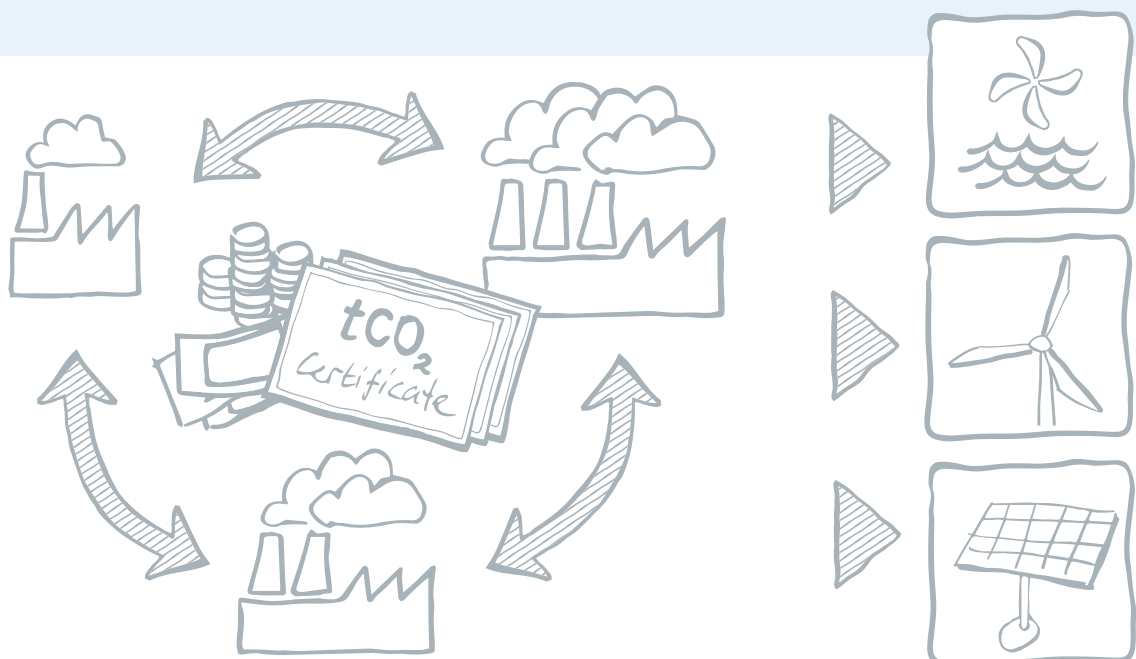
Auf dem Weg zu einem globalen Kohlenstoffmarkt

In einem globalen Kohlenstoffmarkt hätten CO₂-Emissionen einen ökonomischen Preis. Dadurch entstünde ein Anreiz, CO₂-Emissionen insgesamt zu reduzieren – und zwar vor allem dort, wo dies zu den geringsten Kosten möglich ist. Die CO₂-Bepreisung gilt daher als Schlüsselinstrument, um die Minderungsziele für THG möglichst effizient zu erreichen. Seit dem Kyoto-Protokoll von 1997 stehen dafür verschiedene Optionen zur Verfügung: der Handel mit Emissionsrechten in Emissionshandelssystemen (ETS) sowie projektbasierte Mechanismen wie Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI), die allesamt auf handelbaren Zertifikaten basieren. So werden Investitionen von Unternehmen in CO₂-arme Technologien gefördert. Einen Wegweiser zur Entwicklung eines globalen Kohlenstoffmarktes enthält auch das Pariser Klimaabkommen: Artikel 6 sieht für alle Staaten ein transparentes Accounting-System für THG-Emissionen vor. Neu sind freiwillige Kooperationsmechanismen, die bei der Umsetzung von NDCs helfen können.

Das BMUB unterstützt die Entwicklung eines globalen Kohlenstoffmarktes mithilfe verschiedener Foren: So hat Deutschland 2015 innerhalb seiner G7-Präsidentschaft die Carbon Market Platform gegründet. Ziel dieser Plattform ist es, im Dialog robuste Regeln und Standards für die Nutzung von Kohlenstoffmärkten zu entwickeln. Das BMUB hat auch die International Carbon Action Partnership ins Leben gerufen, die den

Wissenstransfer zwischen Ländern organisiert, die bereits ein ETS eingeführt haben oder dies planen. Im Rahmen der IKI fördert das BMUB insgesamt 21 Projekte zum Kohlenstoffmarkt, darunter die Partnership for Market Readiness (PMR), eine Plattform mit globaler Ausrichtung, in der Fahrpläne für die CO₂-Bepreisung für zahlreiche Länder entwickelt worden sind.

Ein weiteres IKI-Projekt unterstützt den Aufbau eines nationalen ETS in China, wo der weltweit größte Kohlenstoffmarkt entstehen würde. Bis spätestens 2030 soll der Höhepunkt der Emissionen erreicht und die Kohlenstoffintensität des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 2005 um 60 bis 65 Prozent reduziert werden, wozu der Emissionshandel einen wichtigen Beitrag leisten soll. Dafür wurden in einer Pilotphase bereits regionale ETS in sieben Städten und Provinzen eingeführt und getestet. Im IKI-Projekt stand dabei vor allem der Austausch von Experten im Vordergrund. Einbezogen wurden unter anderem die Deutsche Emissionshandelsstelle des Umweltbundesamtes und Vertreter der deutschen Industrie, die schon seit 2005 am europäischen Emissionshandel teilnehmen. Gemeinsam deckten die regionalen ETS-Emissionen in China Anfang 2016 circa 1,2 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente ab und reichten damit schon fast an das derzeit größte ETS der Europäischen Union mit 1,8 Milliarden Tonnen heran.





Ab 2030 soll sich die weltweite Waldfläche nicht weiter verringern. Um dies zu erreichen, sollen erhebliche finanzielle Mittel in Waldschutz und Wiederaufforstung investiert werden.

REDD+, GNU und Forest Landscape Restoration

Der Schutz von Wäldern gehört zu den wirksamsten Mitteln im Kampf gegen den Klimawandel und den Verlust an biologischer Vielfalt – und er ist daher auch ein wesentlicher Baustein der Aktivitäten der IKI.

Vor allem tropische Regenwälder können große Mengen Kohlenstoff in ihrer Biomasse speichern. Ein wesentliches Werkzeug zur Erhaltung dieser natürlichen Ressource ist die Bonn Challenge. Die Initiative gründet sich auf eine gleichnamige Ministerkonferenz, die das BMUB zusammen mit der Internationalen Union zur Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen (IUCN) im Jahr 2011 in Bonn organisiert hat. Sie sieht vor, dass bis zum Jahr 2020 150 Millionen Hektar Wald wiederaufgebaut oder zumindest die entsprechenden Prozesse dafür initiiert werden. Im März 2015 veranstaltete das BMUB als Initiator und wichtiger Finanzier gemeinsam mit IUCN, dem World Resources Institute (WRI) und der Regierung von Norwegen die Nachfolgekonzferenz Bonn Challenge 2.0, um die Umsetzung in den Ländern voranzubringen und neue Zusagen anzuregen. Daraus folgten Regionalkonferenzen in Lateinamerika (2015 und 2016), Afrika (2016) und Südostasien (2017).

Die IKI unterstützt die konkrete Umsetzung durch lokale Initiativen und Pilotierung. Die Kapazitäten werden in den Ländern gestärkt und analytische Grundlagen und Karten erarbeitet, die das Potenzial zum Wiederaufbau von Wäldern aufzeigen. Erfahrungen und Fortschritte werden auf einer Plattform geteilt: www.bonnchallenge.org. Zum Zeitpunkt der VSK in Cancún Ende 2016 lagen bereits Zusagen für 137 Millionen Hektar vor. Mittlerweile beteiligen sich damit 37 Länder, Organisationen und Unter-

nehmen daran, das Ziel der Bonn Challenge zu erreichen. Das BMUB hat bislang über 25 Vorhaben zum Wiederaufbau von Wäldern gefördert und dafür 100 Millionen Euro aus der IKI bereitgestellt, bis zum Jahr 2020 sollen es mindestens 200 Millionen Euro sein.

Unterstützung für den globalen Wiederaufbau von Wäldern

In der „New York Declaration on Forests“ wurden im Jahr 2014 die Zielsetzungen der Bonn Challenge aufgegriffen. Über 190 Staaten, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Vertreter indigener Völker haben sich darin dazu verpflichtet, die weltweite Abholzung bis 2020 zu halbieren und bis 2030 den Nettoverlust von Wäldern zu beenden. Zusätzlich zu den von der Bonn Challenge angestrebten 150 Millionen Hektar Wald sollen auf Basis der New Yorker Erklärung bis 2030 nochmal weitere 200 Millionen wiederaufgebaut werden – also insgesamt eine Fläche von 350 Millionen Hektar. Auf der VSK 21 im Dezember 2015 haben neben zivilgesellschaftlichen Gruppen zahlreiche Staats- und Regierungschefs die Bedeutung des Waldschutzes für den Klimaschutz betont. Die sogenannte GNU-Initiative (für Germany – Norway – United Kingdom), bestehend aus Deutschland, Norwegen und Großbritannien als den drei größten Geberländern im Waldbereich, gab zudem bekannt, von 2015 bis 2020 insgesamt fünf Milliarden US-Dollar im Rahmen von REDD+ zum Schutz und Wiederaufbau von Tropenwäldern zur Verfügung zu stellen, wenn Entwicklungsländer belastbare Fortschritte beim Waldschutz machen. Die IKI unterstützt diese Strategie mit ausgewählten Projekten.



Finanzielle Anreize für klimafreundliches Handeln

Ein wichtiger Ansatz im Rahmen der UNFCCC, um Klimaschutz durch Walderhalt zu erreichen, ist REDD+. Die Grundidee: Mess- und überprüfbare Reduzierungen von THG-Emissionen, die durch Waldschutz-Maßnahmen in Entwicklungsländern erreicht wurden, werden finanziell vergütet. REDD+ trägt nicht nur dazu bei, dass die Abholzung und Schädigung von Wäldern vermindert wird. Durch REDD+ werden nachhaltige Formen der Waldbewirtschaftung gefördert, die dem Klimaschutz sowie der Erhaltung der biologischen Vielfalt und wirtschaftlichen Entwicklung in den betroffenen Gebieten dienen.

Wälder schützen und nachhaltig nutzen

Die IKI fördert die weltweiten Bemühungen zum Schutz der Wälder und unterstützt Partnerländer vor allem dabei, REDD+ und nachhaltige Nutzung von Wäldern in die Praxis umzusetzen. Ein Schutz- und Nutzungskonzept für eine Pilotregion in einem der artenreichsten noch bestehenden Regenwälder steht beim grenzüberschreitenden IKI-Projekt „**Grünes Wachstum im Herzen Borneos**“ im Fokus. Als „Herz von Borneo“ (HoB) wird ein Großteil der Insel mit über 22 Millionen Hektar Wäldern in Brunei, Indonesien und Malaysia bezeichnet. Das HoB zählt nicht nur zu den Gebieten mit der weltweit höchsten Biodiversität, es ist auch Lebens- und Einkommensquelle für die mindestens elf Millionen

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitle: Grünes Wachstum im Herzen Borneos – das Zusammenwirken von Naturschutz, ökonomischer Entwicklung und Wohlergehen lokaler Gemeinden in einem grenzüberschreitenden Naturraum

Länder: Indonesien, Malaysia

Durchführungsorganisation: World Wide Fund for Nature (WWF) – Germany

BMUB-Förderung: 4,22 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2016 bis 2020

Bewohner Borneos, einschließlich einer Million Menschen der indigenen Dayak-Bevölkerung. Der tropische Regenwald ist vor allem durch die Umwandlung in landwirtschaftlich genutzte Flächen wie Palmöl- und Kautschukplantagen und die damit einhergehende hohe Abholzungsrate gefährdet.

Als Pilotprojekt dient ein rund 1,13 Millionen Hektar großes Gebiet innerhalb und außerhalb des grenzüberschreitenden HoB-Waldkorridors zwischen **Indonesien** und **Malaysia**. Gemeinsam mit dem Privatsektor (beispielsweise Palmölproduzenten), lokalen Gemeinden und indigenen Gruppen wird von der Regierung in der indonesischen Provinz von West-Kalimantan und im malayischen Bundesstaat Sarawak ein Landnutzungsplan und ein Green Economy Aktionsplan entwickelt und umgesetzt. Die Informationen und Erfahrungen aus dem Pilotprojekt werden als Grundlage für weitere Aktionspläne und die Landnutzungsplanung im gesamten HoB-Gebiet genutzt.

In Westafrika unterstützt die IKI zukünftig Ghana darin, eine nachhaltige und effiziente Wertschöpfungskette für Energieholz aufzubauen. Die Waldfläche des Staates geht jährlich um zwei Prozent zurück. Dabei ist die Holzkohleproduktion eine der Hauptursachen für die Schädigung der Wälder. Die Ausgangssituation in Ghana – und somit auch die möglichen Lösungen – sind beispielhaft für Westafrika.

Das von der GIZ durchgeführte Projekt unterstützt die Partnerinstitutionen in zehn Zielgemeinden dabei, gemeinsam mit Holzkohleproduzierenden Kleinunternehmern und organisierten Produzentengruppen Waldlandschaften wiederherzustellen und den Druck auf Wälder zu reduzieren. Dazu gehören Anreizmechanismen zur nachhaltigen Produktion, Maßnahmen zur Aufforstung für eine nachhaltige Energieholzproduktion auf geschädigten Flächen und die Verbesserung der Energieeffizienz.

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitle: Geschäftsmodelle zur Reduktion von Entwaldungstreibern

Länder: Äthiopien, Ecuador, Kolumbien, Paraguay, Vietnam

Durchführungsorganisation: UNIQUE forestry and land use GmbH

BMUB-Förderung: 1,91 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2014 bis 2017

Klimaschutz hebt den Wohlstand

Der Schutz von Klima und Biodiversität kann wirtschaftlich rentabel sein. Das zeigt ein seit 2014 von der UNIQUE forestry and land use GmbH durchgeführtes IKI-Projekt „**Geschäftsmodelle zur Reduktion von Entwaldungstreibern**“. Ziel des Projekts ist es, nationale und regionale Bemühungen zur Durchführung von REDD+ zu unterstützen. Dazu wurden Geschäftsmodelle und begleitende institutionelle Mechanismen untersucht und geprüft. Das Projekt startete mit einer Studie in **fünf Ländern**, die direkte und indirekte Verursacher der Entwaldung identifizierte und vielversprechende Geschäftsmodelle testete. Die zweite Projektphase konzentriert sich auf **Vietnam** und **Kolumbien** und dient dazu, detaillierte Geschäftsmodelle und institutionelle Mechanismen zu entwickeln. Das Ergebnis: Die im Projekt etablierten Geschäftsmodelle können einen wesentlichen Beitrag zum Klima- und Biodiversitätsschutz leisten – sei es durch die Umwandlung von Plantagen in Mischwaldbestände in Vietnam oder durch die nachhaltige Intensivierung von Viehwirtschaft in Kolumbien. Beide Ansätze sind zudem wirtschaftlich attraktiv.

Die Wiederherstellung von Waldökosystemen und natürlichen Landschaften in **Kenia** und **Äthiopien** stand im Fokus des IKI-Projekts „**Unterstützung von Forst- und Landschaftsrestaurierung in Ostafrika**“. Die Wälder und Landschaften der Region sind wichtige Kohlenstoffspeicher und eine zentrale Lebensgrundlage für die lokale Bevölkerung. Entsprechend folgte das Projekt einem Ansatz, der die nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung mit der Wiederherstellung der Wälder verbindet. Das Projekt fand im Zeitraum von Februar 2014 bis Dezember 2016 statt und wurde von der Clinton Foundation – Clinton Climate Initiative und ihren Partnern WRI und Green Belt Movement durchgeführt. Mit Unterstützung des kenianischen und äthiopischen Umweltministeriums kartierte das Projekt landesweit Flächen, die wiederhergestellt werden können. In direkter Zusammenarbeit mit Kommunen setzten die Betreiber auf Pilotflächen beispielhaft die Wiederherstellung von Landschaften in beiden Ländern um. In Kenia wurden mit Unterstützung des Vorhabens 22 Gemeindebaumschulen gegründet, die von über 300 Gemeindemitgliedern betreut werden. Zudem ermöglichte das Projekt kenianischen und äthiopischen Kleinbauern, sich über Praktiken in der Land- und Forstwirtschaft auszutauschen, indem gegenseitige Besuche und die Besichtigung der Demonstrationsflächen organisiert wurden. So konnten die Bauern vom gegenseitigen Wissen beispielsweise über Heilpflanzen profitieren. Darüber hinaus lernten sie unterschiedliche Methoden zur Land- und Wasserbewirtschaftung sowie Möglichkeiten zum Schutz vor Bodenzerstörung und Entwaldung kennen.

PROJEKTBEISPIEL



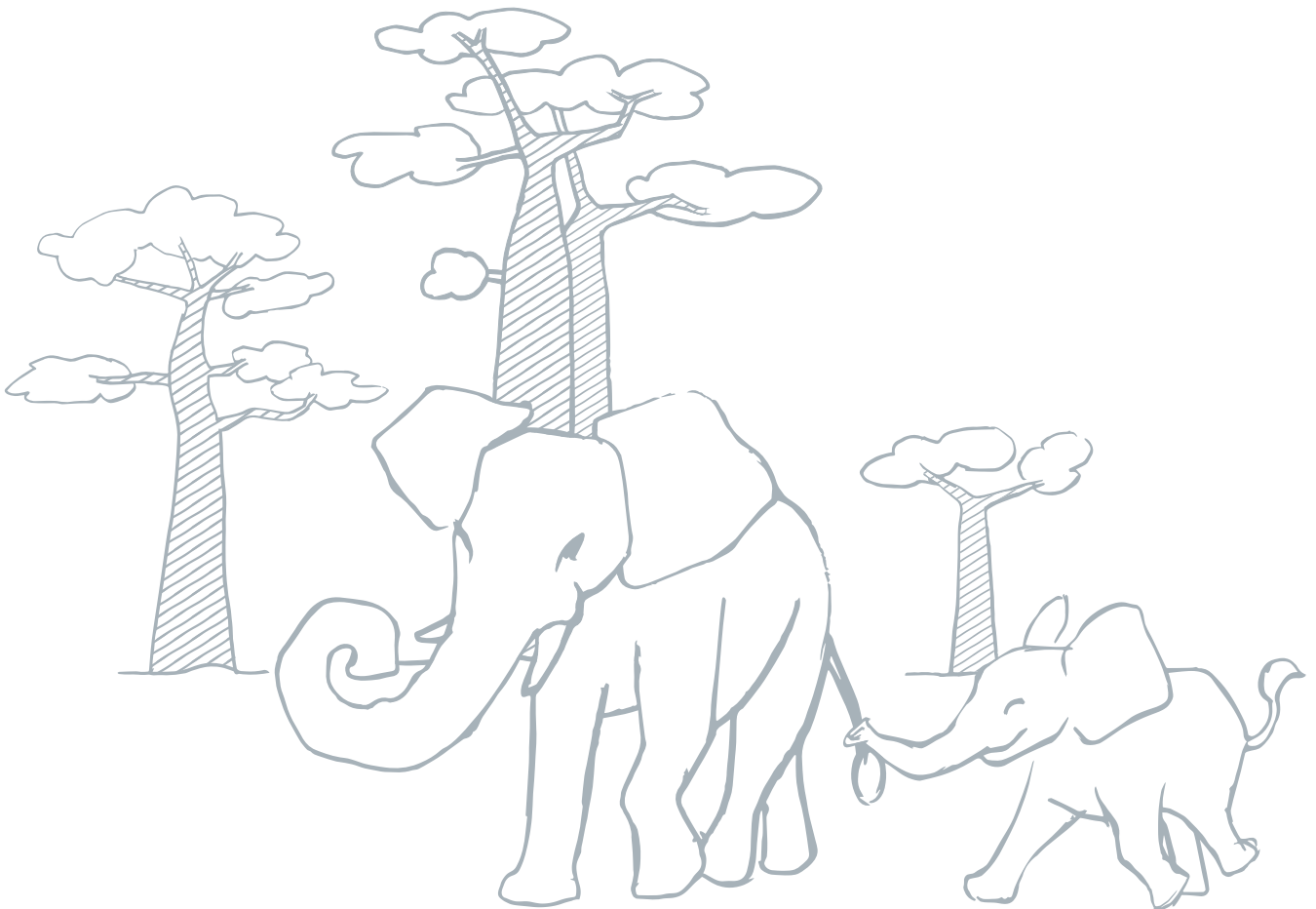
Projekttitel: Unterstützung von Forst- und Landschaftsrestaurierung in Ostafrika

Länder: Äthiopien, Kenia

Durchführungsorganisation: Clinton Foundation – Clinton Climate Initiative

BMUB-Förderung: 1,52 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2014 bis 2016





Korallenriffe sind nicht nur Lebensraum unzähliger Tiere und beliebtes Tauchziel – sie sind auch die erste Verteidigungslinie gegen eintreffende Wellen, Stürme und einen steigenden Meeresspiegel.

Erhaltung der biologischen Vielfalt als Lebensgrundlage

Die biologische Vielfalt oder Biodiversität – der Reichtum unserer Erde an Ökosystemen und Arten sowie die genetische Vielfalt der Arten – ist eine existenzielle Grundlage für das menschliche Leben: Pflanzen, Tiere, Pilze und Mikroorganismen reinigen Wasser und Luft, sorgen für fruchtbare Böden und ein angenehmes Klima und dienen der Ernährung, der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Menschen.

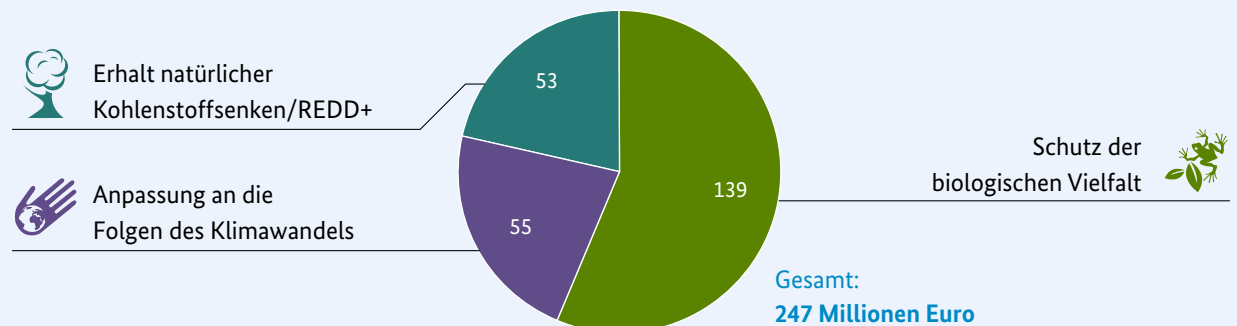
Die Biodiversität ist weltweit auf vielfältige Weise durch menschliche Aktivitäten bedroht: Lebensräume werden durch Schadstoffeinträge, den Bau von Siedlungen und Straßen, durch Abholzung oder die industrielle Landwirtschaft zerstört und durch nicht nachhaltige Nutzungsformen gefährdet. Obgleich der Prozess des Biodiversitätsverlustes weltweit unaufhörlich fortschreitet, wird er aus der Perspektive einer zunehmend urbanisierten Gesellschaft vielerorts nicht bewusst wahrgenommen. Erst wenn die Natur aus dem Gleichgewicht gerät, wird uns bewusst, dass wir täglich auf ihre Leistungen angewiesen sind. Der anhaltende Verlust an biologischer Vielfalt gefährdet die Möglichkeiten unserer und künftiger Generationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung. Auswirkungen des Klimawandels und Naturkatastrophen können ohne funktionsfähige Ökosysteme kaum noch gepuffert werden und fallen entsprechend heftiger aus. Geschädigte Ökosysteme können dann ihre Leistungen nur schwer oder gar nicht mehr erfüllen. Ohne biologische Vielfalt ist die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit von Natur und Mensch gefährdet. Das macht das Thema Biodiversitätsschutz zu einem wichtigen Arbeitsfeld der Umwelt- und Entwicklungspolitik.

Der verbindliche internationale Rechtsrahmen für die Erhaltung der Biodiversität ist die CBD. Dieses Übereinkommen geht weit über „klassische“ Naturschutzansätze hinaus. Es greift die nachhaltige Nutzung – und damit das wirtschaftliche Potenzial der natürlichen Ressourcen – als wesentlichen Aspekt der Erhaltung der biologischen Vielfalt auf. Daneben spielt der gerechte Ausgleich von Vorteilen aus der Nutzung genetischer Ressourcen eine wichtige Rolle. Damit werden auch verbesserte Entwicklungschancen für die ärmeren, häufig biodiversitätsreichen Länder mit einbezogen. Die CBD möchte ökologische, ökonomische und soziale Aspekte beim Umgang mit der biologischen Vielfalt in Einklang bringen und ist damit das weltweit umfassendste Übereinkommen zu Naturschutz und Entwicklungspolitik. Die Beachtung der biologischen Vielfalt in allen politischen und privatwirtschaftlichen Entscheidungsbereichen – dazu zählen Landwirtschaft und Fischerei, Verkehr und Bergbau ebenso wie Bildung, Finanz- und Steuersysteme – stand 2016 als sogenanntes Mainstreaming bei der 13. CBD-VSK im mexikanischen Cancún ganz oben auf der Tagesordnung. Die IKI konnte hierzu bereits Projekterfahrung vorweisen, etwa bei der Integration von Ökosystemleistungen von Naturschutzgebieten in die Politik und in Unternehmensentscheidungen in Mexiko.

Die IKI fördert Projekte, die bewusst Synergiepotenziale zwischen Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und Erhaltung der biologischen Vielfalt nutzen. Auch armutsreduzierende Maßnahmen sind häufig direkter Bestandteil von IKI-Projektmaßnahmen.



Biodiversitätsrelevanter Anteil am IKI-Fördervolumen der Förderbereiche (2015 bis 2016, in Millionen Euro) nach Doha-Zählweise



Quelle: BMUB | Gesamtfördervolumen des biodiversitätsrelevanten Anteils der Bereiche nach Zusagen-Zählweise: 169 Millionen Euro. Diese Zählweise wird für die internationale CBD-Berichterstattung verwendet.

Bestehende Aktivitäten ergänzen, Umsetzung unterstützen

Auf ihrer Konferenz im Oktober 2010 im japanischen Nagoya (VSK 10) vereinbarten die Vertragsstaaten der CBD den Strategischen Plan 2011 bis 2020. Dieser umfasst fünf strategische Ziele, die durch 20 Kernziele, die sogenannten Aichi-Ziele (Aichi Biodiversity Targets), präzisiert werden. Die IKI finanziert im Förderbereich „Biologische Vielfalt“ Projekte, die den Strategischen Plan umsetzen und dazu beitragen,

die Aichi-Ziele zu erfüllen. Die von der IKI geförderten Maßnahmen leiten sich, sofern möglich, aus den jeweiligen nationalen Biodiversitäts-Strategien und Aktionsplänen (National Biodiversity Strategies and Action Plans, NBSAPs) sowie den damit verbundenen Strategien zur Ressourcenmobilisierung ab. Sie sollen bereits bestehende Aktivitäten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene ergänzen und deren Umsetzung unterstützen.

Mehr Aufmerksamkeit für die „grüne“ Infrastruktur

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Biodiversitätsschutz und Inwertsetzung von Ökosystemdienstleistungen in grenzüberschreitend relevanten Feuchtgebieten des Nil-Beckens

Länder: Ägypten, Äthiopien, Burundi, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Sudan, Südsudan, Vereinigte Republik Tansania, Uganda

Durchführungsorganisation: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

BMUB-Förderung: 6 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2015 bis 2020

Um zwei ganz bestimmte Aichi-Ziele, und zwar jene zur Sicherung und Wiederherstellung von Ökosystemleistungen und zur Berücksichtigung des Wertes der biologischen Vielfalt in politischen und sektoriellen Planungsprozessen, geht es bei einem regionalen IKI-Projekt in **Afrika**. Im Fokus des seit Oktober 2015 laufenden und von der GIZ durchgeführten Vorhabens stehen die **Entwicklung eines nachhaltigen Managements der Wasserressourcen des Nils und der Schutz von Feuchtgebieten**. Der Nil und seine wichtigsten Zuflüsse durchströmen mehrere große Feuchtgebiete. Diese rund 70 Areale sind für den Schutz der Artenvielfalt von großer Bedeutung und stellen wichtige Ökosystemleistungen zur Verfügung, die auch zur Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels beitragen: Sie regulieren beispielsweise Hoch- und Niedrigwasser und die Gewässerqualität. Zudem sind die Feuchtgebiete von großer Bedeutung für die Nahrungsversorgung der Bevölkerung.

Um die Entwicklung und das Management der Wasserressourcen zu koordinieren, haben die Anrainerstaaten des Nils im Jahr 1999 mit der Nile Basin Initiative (NBI) einen gemeinsamen politischen Handlungsrahmen geschaffen. Deutschland unterstützt diese Initiative von Beginn an und steht unter anderem dem NBI-Sekretariat beratend zur Seite. Bislang hat die NBI vor allem große Infrastrukturvorhaben für Wasserkraft und Bewässerung umgesetzt. Der Schutz von Feuchtgebieten und die verstärkte Nutzung von Ökosystemleistungen, die sogenannte „grüne“ Infrastruktur, hat man dagegen nur unzureichend berücksichtigt.

Hier setzt das oben beschriebene Projekt an: Die Kapazitäten der NBI sowie der Anrainerstaaten werden für das nachhaltige Management grenzüberschreitend relevanter Feuchtgebiete gestärkt und Maßnahmen zum Wissensaufbau werden umgesetzt. Das Vorhaben hat über das neu gegründete Nile-Basin-Wetlands-Forum Akteure zusammengebracht, die für einen effektiven Schutz von Feuchtgebieten unbedingt zusammenarbeiten müssen: die für die Flussgebietsplanung sowie für das Feuchtgebietsmanagement auf leitender Ebene zuständigen Institutionen ebenso wie die nationalen Kontaktstellen für die Ramsar-Konvention zum Schutz von Feuchtgebieten und die CBD. Wichtige Zielgrößen sind nun „ökologische Mindestabflüsse“, damit Feuchtgebiete dauerhaft erhalten bleiben.

Das Projekt leistet damit einen Beitrag zum Schutz der Biodiversität, zur ökosystembasierten Anpassung an den Klimawandel sowie zur regionalen Zusammenarbeit und stärkt damit Frieden und Sicherheit in der Nilregion. Zudem hat es eine Multiplikatorwirkung insbesondere für das nordöstliche Afrika, aber auch für andere internationale Flussgebiete.

Schutzgebiete gut verwalten und bewirtschaften

Mit dem Projekt „**Schutzgebietsmanagement als Beitrag zum Erhalt der Biodiversität und für Klimaschutz**“, das in **Kenia, Kolumbien, Peru und Vietnam** realisiert wird, unterstützt die IKI die Erfüllung gleich mehrerer Aichi-Ziele. Durchführende Organisation ist dabei die IUCN. Ziel der im November 2015 gestarteten Initiative ist eine Verbesserung der politischen Steuerung (Governance) von mindestens zwei Naturschutzgebieten in jedem der vier Durchführungsländer. Dafür wird ein internationaler Kriterienkatalog zur Standardisierung erfolgreicher Schutzgebiete, die IUCN Green List, erstellt. So lassen sich die Maßnahmen für Biodiversität und Klimawandel in den Naturschutzgebieten bewerten. In Kenia und Vietnam werden insbesondere lokale Schutzgebiete für Meeres- und Feuchtgebiete berücksichtigt. Deren Bestand ist Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum und Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel und sichert die Existenz der lokalen Bevölkerung.

Letztlich soll das Projekt ein globales Netzwerk zwischen den Durchführungsländern etablieren, um ein verbessertes Schutzgebiets-Management zu fördern. Daneben sollen die Kapazitäten von lokalen und privaten Schutzgebietsmanagern gestärkt und der gegenseitige Austausch unterstützt werden.

Widerstandskraft stärken, Ökosysteme erhalten

Schutzgebiete können einen wichtigen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten. Das zeigte das IKI-Projekt „**Steigerung der Widerstandskraft des Amazonas-Bioms**“ des World Wide Fund for Nature (WWF) in den Jahren 2013 bis 2016. Die IKI kooperierte dabei mit einer Reihe regionaler Institutionen, wie dem lateinamerikanischen Netzwerk von Schutzgebieten (RedParques), den Umweltministerien **Brasiliens** und **Ecuadors** sowie den Nationalparkbehörden **Kolumbiens** und **Perus**. Der Großlebensraum entlang des Amazonas, auch als „Amazonas Biom“ bezeichnet, erstreckt sich mit seinen Regenwäldern, Savannen und Gewässern auf rund 6,7 Millionen Quadratkilometern über die Grenzen von neun südamerikanischen Staaten.

Das Projekt setzte sich dafür ein, Schutzgebietssysteme im Amazonas-Biom als wichtige Elemente in den Klimawandel-Strategien zu verankern. Es unterstützte die „Amazon Conservation Vision“, die die Anrainerstaaten des Amazonas entwickelt haben, um die Widerstandskraft des Amazonas-Bioms gegenüber dem Klimawandel zu stärken und Ökosystemleistungen zu erhalten. Das Projekt untersuchte dafür die Schwachstellen des Bioms und seine Möglichkeiten zur Anpassung an den Klimawandel. Zudem integrierten die Projektpartner Maßnahmen zur Klimaanpassung in die Managementpläne von Schutzgebieten.

Ein wichtiges Ergebnis des Projekts ist die „Deklaration zu Schutzgebieten und Klimawandel“, die das Netzwerk lateinamerikanischer Schutzgebietsbehörden RedParques auf der Pariser Klimakonferenz im Dezember 2015 medienwirksam vorgestellt hat. Die Klimadeklaration wurde von 18 Staaten unterschrieben und gemeinsam mit dem WWF und dem

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Schutzgebietsmanagement als Beitrag zum Erhalt der Biodiversität und für Klimaschutz

Länder: Kenia, Kolumbien, Peru, Vietnam

Durchführungsorganisation: International Union for Conservation of Nature (IUCN) – Switzerland

BMUB-Förderung: 3,37 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2015 bis 2019

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Steigerung der Widerstandskraft des Amazonas-Bioms: Schutzgebiete als integriertes Element der Klimaanpassung

Länder: Brasilien, Ecuador, Kolumbien, Peru

Durchführungsorganisation: World Wide Fund for Nature (WWF) – Germany

BMUB-Förderung: 1,94 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2013 bis 2016

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Nachhaltiges Management von Küsten- und Meeresschutzzonen, Indien

Land: Indien

Durchführungsorganisation: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

BMUB-Förderung: 9,6 Millionen Euro

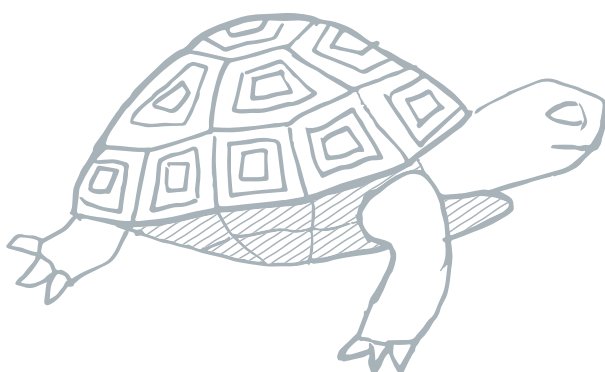
Projektlaufzeit: 2012 bis 2017

BMUB präsentiert – unterstützt vom peruanischen Umweltminister Manuel Pulgar Vidal. Sie ruft dazu auf, Schutzgebiete in nationale und globale Prozesse der Klimaplanung und Finanzierung zu integrieren. Gleichzeitig betont sie die wichtige Rolle von Schutzgebieten als natürliche und kosteneffiziente Lösung zur Minderung von THG-Emissionen und zur Anpassung an den Klimawandel. Mit Erfolg: Das Pariser Abkommen erwähnt den Zusammenhang zwischen Schutzgebieten und Klimawandel in mehreren Paragraphen und Artikeln.

Schutzgebiete in der Küstenzone **Indiens** stehen im Fokus des im August 2012 gestarteten IKI-Projekts „**Nachhaltiges Management von Küsten- und Meeresschutzzonen**“, durchgeführt von der GIZ. Das Projekt entwickelt und implementiert Modellvorhaben für den Schutz und das nachhaltige Management ausgewählter Schutzgebiete in der Küstenzone, um die biologische Vielfalt und die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung zu erhalten. Die Modellvorhaben werden mit Beteiligung von öffentlichen, privaten und lokalen Akteuren umgesetzt.

In den Bundesstaaten Goa, Maharashtra und Tamil Nadu sind sieben solcher Modellvorhaben geplant. Das Projekt verbessert durch Trainingsmaßnahmen das Wissen der indischen Partner über nachhaltiges Management der Küstenzonen und die Möglichkeiten zur Beteiligung wirtschaftlicher und lokaler Interessengruppen. Bestehende Kenntnisse werden um internationale Erfahrungen bereichert und an die indische Situation angepasst. Die Zusammenarbeit mit führenden Ausbildungseinrichtungen aus Forst, Fischerei und Medien trägt dazu bei, wichtige Ausbildungsinhalte für zukünftige Manager von Schutzgebieten im Küstenbereich in bestehende Lehrgänge zu integrieren. Begleitende Medien- und Kommunikationsarbeit sensibilisiert die Bevölkerung für den Wert der biologischen Vielfalt und klärt über Methoden zu deren Erhaltung und nachhaltiger Nutzung auf.

Das Projekt unterstützte die Regierung in Maharashtra dabei, in Thane Creek (Mumbai) ein rund 17 Quadratkilometer großes Mangrovegebiet zum Schutzgebiet zu erklären. An fünf Projektstandorten wurden mögliche Formen von Schutzgebieten festgelegt. Zudem führte die modellhafte Umstellung auf ökologisch sensiblen Tourismus in einem kleinen Küstendorf in Maharashtra zu einer jährlichen Mehreinnahme von rund 35.000 Euro für die Dorfbewohner. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel geleistet: Schließlich bewahren Mangroven Küsten vor Erosionen.



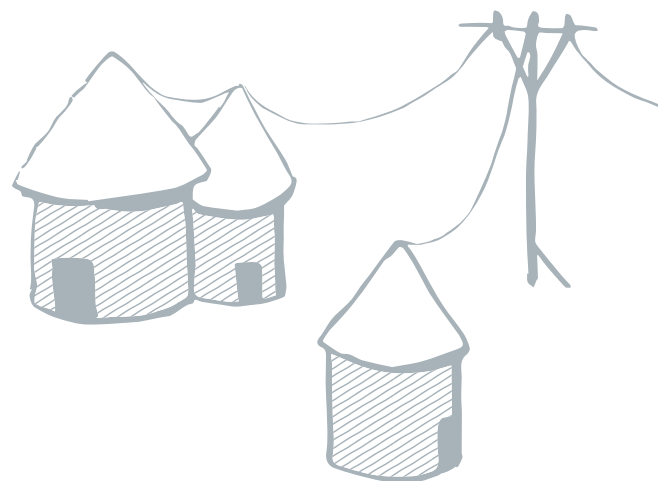


Städte sind schon heute für rund 70 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich, die in den Sektoren Industrie, Verkehr, Wohnen und Abfall durch Energieerzeugung entstehen.

Nachhaltige Stadtentwicklung – unverzichtbar für Mensch, Klima und Biodiversität

Der Lebensraum Stadt bietet schon heute ein Zuhause für mehr als die Hälfte aller Menschen auf unserem Planeten. Experten schätzen, dass bis zum Jahr 2050 sogar 70 Prozent der Weltbevölkerung in urbanen Räumen leben werden.

Obwohl das Leben in Städten ressourcenschonender ist als in ländlichen Räumen, sind Städte für mehr als zwei Drittel der weltweiten Emissionen der klimawirksamen THG verantwortlich und beeinträchtigen die Biodiversität. Gleichzeitig sind sie aber auch in besonderem Maße von den Auswirkungen des Klimawandels wie Wasserknappheit, Hitzewellen, steigenden Meeresspiegeln, Überschwemmungen und Wirbelstürmen bedroht. Von Letzteren betroffen sind insbesondere flussdelta- oder küstennahe Städte. Stadtbewohner sind von intakten Ökosystemen in Nähe und Ferne abhängig. Dies wird deutlich spürbar, wenn etwa die gute Luftqualität oder der Zugang zu sauberem Wasser oder zu Naherholungsgebieten gefährdet sind. Die wachsende Bedeutung der Städte als menschlicher Lebensraum einerseits und ihre Beiträge zur Erreichung nationaler Klima- und Biodiversitätsschutzziele andererseits machen klar, wie wichtig Strategien für eine nachhaltige Stadtentwicklung sind.

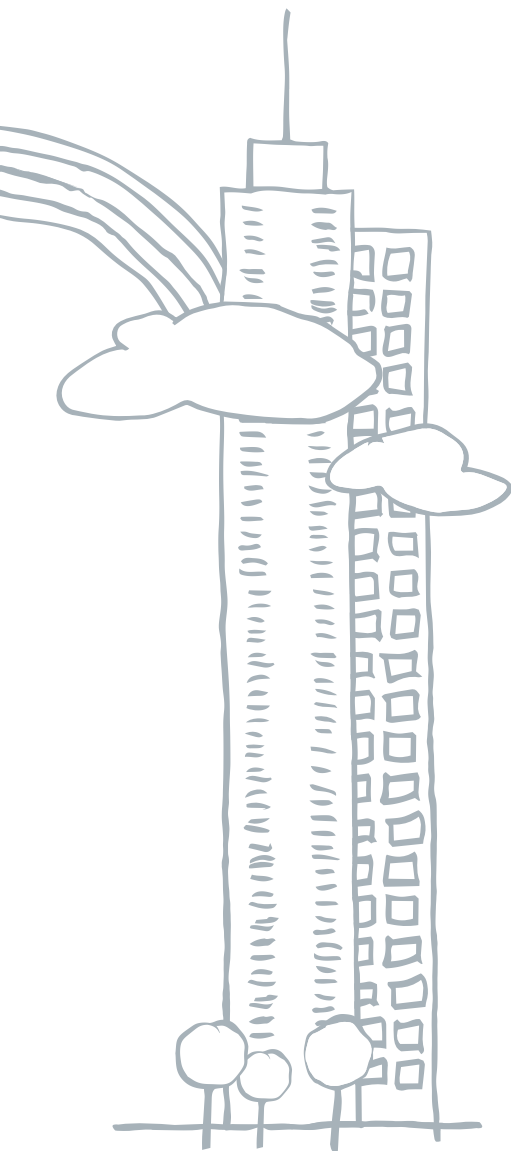


Die Ballungsräume in Schwellen- und Entwicklungsländern sind stetig zunehmende Emittenten von THG. Der Energiebedarf trägt dazu stark bei, er wächst unter anderem durch steigende Mobilität in Form immer weiter verbreiteter Motorisierung weiter rasant. Hier muss gegengesteuert werden. Die Wende wird jedoch auch hier nur realisiert werden können, wenn eine integrierte, strategisch ausgerichtete und nachhaltige Entwicklung urbaner Räume nicht nur zur Einhaltung von Klimaschutzziele führt und negative Konsequenzen des Klimawandels abschwächt, sondern gleichzeitig auch die Lebensqualität der Bewohner steigert.

Auch im Hinblick auf die Biodiversität sind Städte aufgrund von Umweltverschmutzung und der Versiegelung und Umwandlung von Flächen entscheidende Einflussgrößen. Dabei bieten urbane Räume auch bislang häufig ungenutzte Möglichkeiten, die Vielfalt – etwa von Blütenpflanzen und bestäubenden Insekten – und damit auch das Wohlbefinden der Städter zu erhöhen. Biodiversitätsreiche Grünflächen in Städten können etwa das Mikroklima von Städten positiv beeinflussen, die Selbstversorgung mit Obst und Gemüse verbessern sowie beispielsweise über Luftschneisen zu einem angenehmeren kühleren Klima und somit zur Minderung von THG beitragen. Positive Effekte etwa im Bereich des Hochwasserschutzes oder der Naherholung, aber auch die Vermeidung der Versiegelung ökologisch wertvoller Böden sollten in Stadtplanungen stärker berücksichtigt werden.

Die Schlüsselrolle von Städten als Handlungsakteure im Klimaschutz wurde erstmals formell bei der VSK 21 in Paris Ende 2015 anerkannt und ihre bisherigen Anstrengungen dabei gewürdigt. Auch in der IKI bildet das Thema „Nachhaltige Stadtentwicklung“ einen übergreifenden Schwerpunkt in den Förderbereichen „Minderung“, „Anpassung“ sowie „Biodiversität“ der IKI. Die geförderten Projekte unterstützen die Partnerländer dabei, Strategien für den Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels in Städten zu entwickeln sowie deren Wirtschaftsstruktur nachhaltiger und emissionsarm zu gestalten. Die Weiterentwicklung von Kompetenzen und Kapazitäten bei den relevanten Partnern der IKI auf nationaler sowie vor allem auch auf kommunaler Ebene wird begleitet von Wissenstransfer, Technologiekooperation, Politikberatung und Investitionen. Die digitale Transformation der Städte im Zusammenhang mit Smart-City-Ansätzen ist ein Schwerpunkt der Projekte im Förderbereich Minderung, bei den Anpassungsprojekten liegt der Fokus auf klimaresilienter Stadtentwicklung. Im Biodiversitätsbereich geht es beispielsweise um die Erhaltung von Ökosystemleistungen und um die Förderung von Naherholung.

Auf dem dritten UN-Gipfel zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung – der „Habitat III“-Konferenz im Oktober 2016 in Quito (Ecuador) – wurden mit der „New Urban Agenda“ globale Ziele und Orientierungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung verankert. Außerdem bekennen sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu, in ihren Politiken und Maßnahmen Städte stärker einzubeziehen und die Rahmenbedingungen für die Realisierung einer nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung zu verbessern.



Städte tandems fürs Klima

Eine neue Kooperation zwischen Deutschland und der **Volksrepublik China** – die **Deutsch-Chinesische Urbanisierungspartnerschaft** – fördert eine klimagerechte, integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung. Das im Sommer 2016 gestartete vierjährige Projekt soll dazu beitragen, den bestehenden bilateralen Dialog zwischen China und Deutschland zum Thema Urbanisierung zu intensivieren. Die Partnerschaft soll zu einer wirkungsvollen Reduzierung der CO₂-Emissionen beitragen, während gleichzeitig die Lebensqualität innerhalb der Städte gesteigert wird.

Die Kooperation mit dem chinesischen Ministerium für Wohnungsbau und städtisch-ländliche Entwicklung wird auf deutscher Seite von der GIZ durchgeführt und von der IKI mit circa 4,5 Millionen Euro unterstützt. Neben der Förderung des Politikdialogs auf nationaler und subnationaler Ebene steht der Aufbau von Kapazitäten unter deutschen und chinesischen Experten aus Kommunen, Unternehmen, der Wissenschaft oder Verbänden auf dem Arbeitsprogramm. Flankiert wird dies durch vielfältige Austausch- und Netzwerkangebote, mit denen der städteübergreifende Erfahrungsaustausch befördert werden soll. Thematisch stehen grundsätzliche Fragen der nachhaltigen integrierten Urbanisierung und klimarelevante Ansätze wie Ressourcen- und Energieeffizienz, Wasser- und Kreislaufwirtschaft oder nachhaltiger Verkehr im Zentrum. Der Aspekt der Bürgerbeteiligung erhält in der Kooperation ebenfalls viel Raum.

Damit die Projekthinhalte die relevanten Politik- und Fachnetzwerke erreichen, sind gezielte Kommunikationsmaßnahmen auf nationaler, subnationaler und lokaler Ebene geplant. Beide Partnerländer wollen den technologischen Fortschritt durch intensiven Austausch voranbringen. So können deutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit innovativen Lösungen eine nachhaltige, umwelt- und klimafreundliche Stadtentwicklung mitgestalten.

Minderung und Anpassung im Raum zusammen denken

Das Projekt „**Cities Fit for Climate Change**“ startete Ende 2015 in ausgewählten Städten in **Chile, Indien und Südafrika**. Ziel ist die (Weiter-) Entwicklung von Strategien zur Bewältigung der städtischen Herausforderungen durch den Klimawandel und das Aufzeigen von Finanzierungsmöglichkeiten. Das Besondere an dem Projekt: Die Minderung der THG und die stadtplanerische Anpassung werden zusammen als Teil integrierter Stadtentwicklung betrachtet und bearbeitet. Insgesamt fördert die IKI das Projekt, das sich an der Leipzig Charta zur Nachhaltigen Europäischen Stadt sowie am Memorandum Städtische Energien orientiert, über die dreijährige Laufzeit mit 3,5 Millionen Euro.

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Deutsch-Chinesische Urbanisierungspartnerschaft

Land: Volksrepublik China

Durchführungsorganisation:
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH – China

BMUB-Förderung: 4,88 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2016 bis 2020

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Cities Fit for Climate Change

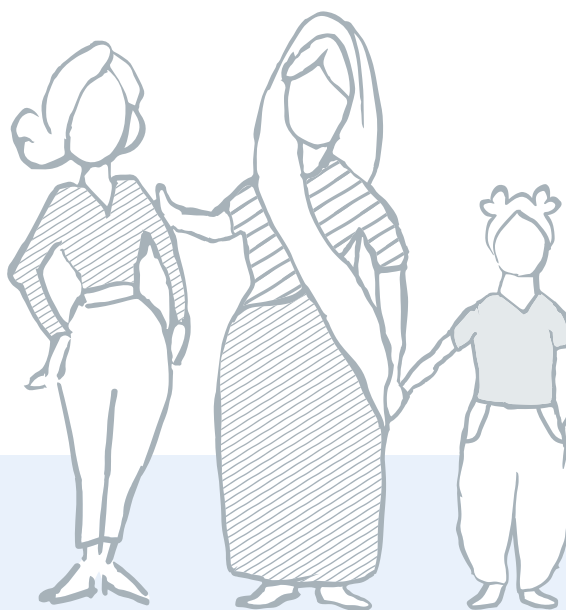
Länder: Chile, Indien, Südafrika

Durchführungsorganisation:
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

BMUB-Förderung: 3,5 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2015 bis 2018

Die Projektstädte Chennai (Indien), eThekweni/Durban (Südafrika) und Santiago de Chile (Chile) werden durch die GIZ bei der klimawandelgerechten Anpassung aus Sicht der Stadtplanung unterstützt. Dabei konnte auf Ergebnisse aus Vorläuferprojekten, wie etwa ClimateAdaptationSantiago in Chile, zurückgegriffen werden. Der Klimawandel soll zu einem strategischen Bestandteil der integrierten Stadtentwicklung in den Partnerstädten werden. Die GIZ berät die Stadtverwaltungen beispielsweise bei Bauleitplanungen, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, Stadtentwicklungsstrategien und städtebaulichen Entwürfen. Zuvor findet außerdem eine ausführliche Analyse und Aufbereitung bereits bestehender Konzepte zu resilienter und emissionsarmer Stadt-



Gender-Gerechtigkeit im Klimawandel

Bei der Bewältigung des Klimawandels spielen nicht nur technologische und wirtschaftspolitische Lösungen eine wichtige Rolle. Auch gesellschaftliche Aspekte, wie Gender, sind von großer Bedeutung. Neben sozialen Faktoren wie Einkommen, Herkunft oder Alter beeinflusst das Geschlecht die Betroffenheit der Menschen durch den Klimawandel, ihre Einstellungen und Handlungsmöglichkeiten. Laut den Vereinten Nationen sind rund 70 Prozent der ärmsten Menschen der Welt Frauen. Sie treffen die Auswirkungen des Klimawandels wie Dürren oder Überflutungen am härtesten. Frauen besitzen bislang weniger Einfluss-, Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, um an politischen Prozessen zur Begrenzung des Klimawandels mitzuwirken. Bei dessen Ursachen zeigt sich ebenfalls eine geschlechtsspezifische Dimension: Frauen haben ein anderes Mobilitäts- und Konsumverhalten als Männer. Ihr Beitrag zur globalen Erwärmung ist daher signifikant niedriger als der von Männern.

Um zu verhindern, dass Klimapolitik Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts weiter verstärkt, fördert die IKI schon länger auch Projekte zum Thema „Gender-Gerechtigkeit und Klimawandel“. Mit dem im November 2015 begonnenen Vorhaben „Gender into Urban Climate Change Initiative“ wird das Thema „Soziale und Geschlechter-Gerechtigkeit“ in Klimaprogramme von Städten im Globalen Süden integriert. Das Projekt arbeitet in Indien, Indonesien und Südafrika. Die durchführende NGO GenderCC-Women for Climate Justice e. V. kooperiert dabei mit nationalen Frauenorganisationen in sechs Pilotstädten. So werden gendersensible Strategien und Maßnahmen entwickelt und in die kommunale Klimapolitik eingebracht und gleichzeitig Maßstäbe für die Umsetzung von Klimaprojekten gesetzt. Das schafft die Basis für mehr politische Partizipation von Frauen und Angehörigen anderer benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

entwicklung statt. Die Pläne, Programme und Strategien sowie damit verbundene Investitionen der Städte werden so ausgearbeitet, dass die Städte widerstandsfähiger gegenüber Klimarisiken und emissionsarm werden. Die Erhöhung der Resilienz ist in besonderem Maße für küsten- oder flussnahe Städte wie Chennai und eThekweni/Durban lebenswichtig, da sie infolge des Klimawandels Gefahren durch vermehrte Überschwemmungen befürchten müssen. Dagegen sollen beispielsweise Abflussmöglichkeiten und Rückhalteflächen etwa durch den Erhalt und die Gestaltung von Grünflächen geschaffen werden.

Die Erfahrungen des „Cities Fit for Climate Change“-Projekts werden über die Projektstädte hinaus auf internationalen Veranstaltungen und Debatten kommuniziert. So brachte sich das Vorhaben sehr erfolgreich mit mehreren Diskussions- und Informationsveranstaltungen in die „Habitat III“-Konferenz zur Gestaltung der New Urban Agenda 2016 in Quito ein.

Energiegewinnung aus Abwasser

Eine nachhaltige Stadtentwicklung birgt großes wirtschaftliches Potenzial für Städte. Dies demonstriert eindrucksvoll ein Pilotprojekt in **Indien**, bei dem Abwasser und organische Abfälle in einer Biogasanlage stofflich und energetisch verwertet werden. Die gleichzeitige Wiedergewinnung von Ressourcen neben der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien mindert die THG-Emissionen der Stadt Nashik im indischen Bundesstaat Maharashtra. Das Vorhaben präsentiert eine reproduzierbare und finanzierbare Technologie, die als sektorübergreifende Lösung Abwasser- und Abfallbehandlung in urbanen Ballungsgebieten ermöglicht und zusätzlich zur Energieversorgung beiträgt. Mithilfe dieser Technologie leistet die Stadt Nashik ihren Beitrag zu den ambitionierten Klimaschutzzielen der indischen Regierung.

Die IKI fördert diese Kooperation zwischen der GIZ, dem indischen Umwelt- und Forstministerium sowie der Nashik Municipal Corporation mit 2,44 Millionen Euro. Für die deutsch-indische Kooperation wird ein Konzept einer partizipatorischen öffentlich-privaten Partnerschaft (Public-Private Partnership, PPP) entwickelt, in dessen Rahmen die Zusammenarbeit verschiedener Akteure der Stadt Nashik bei Planung und Betrieb der Anlage vorgesehen ist. Nashik übernimmt zudem die Rolle des Bauherrn.

Die Technologie birgt hohes Potenzial für zukünftige Ausweitungen. International wie national wurde großes Interesse an den Lernerfahrungen aus der Umsetzung des Projekts geäußert, insbesondere an der Demonstrationsanlage und dem PPP-Betreibermodell. Die neuen großen, nationalen Stadtentwicklungsprogramme „Atal Mission for Rejuvenation and Urban Transmission“ und „Smart Cities Mission“ verdeutlichen, welche Bedeutung Indien der nachhaltigen Entwicklung von Städten schon heute beimisst. In diesem Kontext können IKI-Vorhaben einen Beitrag leisten, Technologielösungen einzelner Sektoren und ganzheitliche Planungsansätze einer integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung zu analysieren, zu testen und anzuwenden und damit auf eine Replizierbarkeit von erfolgreichen Projekten hinzuwirken.

PROJEKTBEISPIEL



Projekttitel: Energieerzeugung aus Abwasser und organischen Abfällen

Land: Indien

Durchführungsorganisation: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

BMUB-Förderung: 2,44 Millionen Euro

Projektlaufzeit: 2009 bis 2017

Klimastrategien für Megacities

Im Projekt „ClimateAdaptionSantiago“ entwickelten die Projektbetreiber Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel für die Metropolregion Santiago de Chile in den Bereichen Energie, Wasser und Flächennutzung. Begleitend zum Anpassungsplan wurden außerdem Richtlinien entworfen, die zu einer problemlosen Umsetzung der einzelnen Maßnahmen beitragen sollen.

Mithilfe der IKI-Förderung von rund 1,4 Millionen Euro führte das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung das Projekt mit den Partnerinstitutionen in Chile durch. In der vierjährigen Projektlaufzeit arbeiteten deutsche und chilenische Forschungsinstitutionen sowie Universitäten zusammen mit den regionalen Stakeholdern an der Anpassungsstrategie. In zehn Runden Tischen wurde unter der Beteiligung verschiedener Interessengruppen eine große Bandbreite an Maßnahmen entwickelt, die die erwarteten Auswirkungen des Klimawandels auf Santiago adressieren.

Den Bedarf ermittelten Forscher zuvor, indem sie die erwarteten Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Region identifizierten und spezifizierten. Ein Webportal diente zur Veranschaulichung der Projektionen der klimawandelbedingten Veränderung und Risiken. Beispielsweise erwarten die Wissenschaftler einen signifikanten Temperaturanstieg mit gleichzeitigem Rückgang der Niederschlagsmengen in der Region. Die Situation wird durch das stetige Wachstum der Megacity noch erschwert. Ohne die nötigen Anpassungen sind schwerwiegende Probleme nicht nur bei der Bereitstellung von Wasser und Energie zu erwarten. Eine problemorientierte Anpassungsstrategie, wie sie in diesem Pilotprojekt erarbeitet wurde, ist daher essenziell.

Der partizipatorische Ansatz des Projekts, der lokale und regionale Akteure einbezieht, führte zu einer Stärkung von Kompetenzen und Kapazitäten bei den Partnern. Dieser Effekt wurde durch ein überregionales Lernnetzwerk mit Entscheidungsträgern weiterer Megastädte in Peru, Brasilien, Argentinien, Kolumbien und Mexiko noch weiter gefördert.



Abkürzungsverzeichnis

BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CBD	Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity)
CDM	Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism)
CO₂	Kohlenstoffdioxid
EbA	Ökosystembasierte Anpassung (Ecosystem-based Adaptation)
EKF	Energie- und Klimafonds
ETS	Emissionshandelssystem (Emission Trading System)
F-Gase	Fluorierte Treibhausgase
G7	Gruppe der Sieben
GCF	Grüner Klimafonds (Green Climate Fund)
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
GNU-Initiative	Zusammenschluss Deutschland, Norwegen und Großbritannien im Bereich Waldschutz (Germany – Norway – United Kingdom)
HoB	Herz von Borneo (Heart of Borneo)
IDB	Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (Inter-American Development Bank)
IKI	Internationale Klimaschutzinitiative
INDCs	Geplante national bestimmte Klimaschutzbeiträge (Intended Nationally Determined Contributions)
IPBES	Zwischenstaatliches Gremium zur wissenschaftlichen Politikberatung für biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services)
IUCN	Internationale Union zur Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen (International Union for Conservation of Nature)
JI	Gemeinsame Umsetzung (Joint Implementation)
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LCDS	Niedrigemissionsstrategien (Low Carbon Development Strategies)
LDCs	Kleine und am wenigsten entwickelte Länder (Least Developed Countries)
LEDs	Kohlenstoffarme Entwicklungsstrategien (Low Emission Development Strategies)
MRV	Messung, Berichterstattung und Verifizierung (Monitoring, Reporting and Verification)
N₂O	Distickstoffmonoxid, allgemein bekannt als Lachgas
NAMA	National angemessene Minderungsmaßnahmen (Nationally Appropriate Mitigation Actions)
NAP	Nationaler Anpassungsplan (National Adaptation Plan)
NBI	Nilbeckeninitiative (Nile Basin Initiative)
NBSAPs	Nationale Biodiversitäts-Strategien und Aktionspläne (National Biodiversity Strategies and Action Plans)
NDCs	National bestimmte Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions)
NGO	Nichtregierungsorganisation (Non-Governmental Organization)
PPP	Öffentlich-private Partnerschaft (Public-Private Partnership)
REDD+	Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung in Entwicklungsländern (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation)
REL	Referenzemissionsniveau (Reference Emission Level)
SIDS	Kleine Inselentwicklungsländer (Small Island Developing States)
SPA	Unterstützungsvorhaben für die Umsetzung des Paris-Abkommens (Support Project for the Implementation of the Paris Agreement)
TEEB	Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität (The Economics of Ecosystems and Biodiversity)
THG	Treibhausgase
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme)
UNFCCC	UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change)
VSK	Vertragsstaatenkonferenz
WRI	Weltressourceninstitut (World Resources Institute)
WWF	World Wide Fund for Nature

